Bezugspreis für November durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld, in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart), „Der Erzähler", „Der Frauen Welt und Heim", „Jugendland", „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr), „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat), „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld, Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger, Warendorfer Anzeiger, Westmünsterländer Anzeiger, Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich).
Redaktion und Verlag: Gallitzinstraße 13, Ecke Hamburger Straße — Fernsprecher Nr. 2448 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14. Fernspr. Nr. 78. — Rheine, Emsstraße 34 a. Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hügen, Berlin SW 48, Hedemannstraße 25. Fernsprecher Hasenheide 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Die mm Höhe 29 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster, sowie für alle amtlichen Finanz-, Sammel-, Markenartikel- und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg., für sonstige Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg., Familienanzeigen 8 Pfg., bei Barzahlung 7 Pfg., kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlg. 6 Pfg.
Reklamen: Die mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm).
Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr, sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe. Donnerstag, den 17. November 1927 76. Jahrgang. Nr. 1180

Keine Verschiebung der Wiederaufnahme der Reichstagsplenarsitzungen.

‡ **Berlin**, 15. Nov. **(Tel.)** Der Aeltestenrat des Reichstages war heute mittag zu einer Sitzung zusammenberufen worden, weil der Abg. Graf Westarp (DN.) angeregt hatte, den für den 22. November in Aussicht genommenen Wiederbeginn der Plenarsitzungen mit Rücksicht auf noch laufende Ausschußarbeiten zu verschieben. Im Aeltestenrat erhoben jedoch die Sozialdemokraten gegen die Anregung Widerspruch. Auch Reichstagspräsident Loebe machte Bedenken dagegen geltend, daß immer von neuem wieder vertagt werde. Infolgedessen zog Graf Westarp seine Anregung zurück. Um jedoch den Ausschüssen auch während der Plenarsitzungen Zeit genug zu lassen, beschloß der Aeltestenrat, das Plenum immer erst um vier Uhr nachmittags beginnen zu lassen. Nur am 22. November soll es bei der Zeit von 3 Uhr nachmittags belassen bleiben. Am 22. November bildet den wichtigsten Verhandlungsgegenstand der deutsch-französische Handelsvertrag. An den folgenden Tagen wird zunächst die Beamten-Disziplinar-Ordnung und sodann das Rentnerschutzgesetz behandelt werden.

Prälat Leicht über die politische Lage im Reich und Bayern

‡ **Lichtenfels**, 14. Nov. Auf einer Kreisversammlung der Bayerischen Volkspartei Oberfranken hielt gestern Prälat Leicht eine Rede, in der er u. a. die Entstehungsgeschichte der gegenwärtigen Koalition behandelte. Er ging dann auf den Kampf gegen die jetzige Regierung ein. Auch innerhalb der Koalition selbst beständen Gegensätze, so zwischen dem Zentrum und den Deutschnationalen in staatspolitischer und zwischen der der Bayerischen und der Deutschen Volkspartei in kultureller Beziehung. In seinen weiteren Ausführungen ging der Redner auch auf das Problem des Dawesplanes und auf das Gilbert-Memorandum ein. Hierauf verbreitete sich Prälat Leicht unter besonderer Berücksichtigung der Beamtenbesoldung, des Reichsschulgesetzes und des Kriegsschädenschlußgesetzes über die Innenpolitik der Regierungskoalition. Mit scharfen Worten wandte er sich gegen die Behauptung, die Bayerische Volkspartei habe die Beamtenbesoldung zu Fall gebracht, wogegen festgestellt werden müsse, daß die Entscheidung noch garnicht gefallen sei. Zwei Punkte in dieser Angelegenheit seien für die Bayerische Volkspartei maßgebend und zwar erstens, daß die bayerischen Beamten nicht schlechter gestellt würden als die Reichsbeamten, und zweitens die Frage, ob Bayern das nötige Geld zur Durchführung der Besoldungserhöhung habe. Diese Frage müsse verneint werden. Pflicht des Reiches sei es daher, hierfür Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Redner betonte dann die Notwendigkeit der finanziellen Selbständigkeit Bayerns. Die Initiative zu notwendigen Reformen müsse von Bayern ausgehen, da in anderem Falle das Reich oder der Reparationsagent eingreifen würden. Unter starkem Beifall der Versammlung betonte dann der Redner, daß die staatliche Selbständigkeit Bayerns für die Bayerische Volkspartei das noli me tangere sei.

Nach dem Referat des Prälaten Leicht wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der mit Rücksicht auf die für Bayern so folgenschweren politischen Kämpfe der nächsten Zukunft eine starke Vertretung der bayerischen Interessen im Reichstage als unbedingt notwendig erachtet wird.

Preußischer Landtag.

pd **Berlin**, 15. November. **(Tel.)**

Bei der Beratung von Anträgen des Handels- und Gewerbeausschusses über
wiesen die Abgg. **Jacobs**, und **Otter** (Soz.) und **Harsch** (Ztr.) die Angriffe des kommunistischen Redners zurück.

Abg. **Martin** (DN.) erklärte, in der Frage der Bergarbeiter-Entlassungen müsse man auf die schwierige Wirtschaftslage Rücksicht nehmen. Das Gebot der Stunde sei Beseitigung der Zuschußbetriebe.

Abg. **Steger** (Ztr.) erklärte, daß ungerechte Kündigungen in Reallinghausen zurückgezogen worden seien. Die Regierung möge unsoziale Entlassungen vermeiden.

Das Haus stimmte dann dem Antrage des Handelsausschusses zu, der das Staatsministerium ersucht, dem Vorstande und Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft Reallinghausen nahezulegen, die Einschränkungen der Belegschaft auf das allernotwendigste zu beschränken und insbesondere bei nicht zu umgehenden Kündigungen die sozialen Belange zu wahren. Der Entwurf, der die Novelle zu dem Gesetze über die Ablösung der auf Dienstbarkeit beruhenden Berechtigungen vom 7. März aufhebt und bestimmt, daß der Jahreswert der abzulösenden Berechtigungen durch Sachverständige zu schätzen ist, wird ohne Aussprache dem Rechtsausschuß überwiesen.

Eine vom Ständigen Ausschuß beschlossene Notverordnung über einen erweiterten Staatsvorbehalt zur Aufsuchung und Gewinnung von Steinkohle und Erdöl, die sich auf die Provinz Brandenburg, das Gebiet der Stadtgemeinde Berlin und die Gebietsteile der Provinz Sachsen und Niederschlesien bezieht, wurde dem Hauptausschuß überwiesen.

Der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Stammeinlagen des Staates bei der Preußischen Centralgenossenschaftskasse wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen. Das Gesetz will zukünftige Erhöhungen der Stammeinlage des Staates ohne jedesmalige Aenderungen des Grundgesetzes der Anstalt durchführen und bringt eine Erhöhung der Stammeinlage um 11,4 Millionen Mark.

Das Haus geht dann über zur zweiten Beratung der Vorlage, welche grundsätzlich die

Oeffentlichkeit bei richterlichen Disziplinarverfahren

einführen will.

Abg. Dr. **Seelmann** (DN.) berichtete über die Ausschußverhandlungen. Der Ausschuß habe die Bestimmung eingefügt, daß planmäßige Richter der ordentlichen und der Verwaltungsgerichtsbarkeit, Mitglieder der Oberrechnungskammer sowie Notare in Disziplinarverfahren, die sich gegen einen Beamten ihrer Laufbahn richten, bei Ausschluß der Oeffentlichkeit als Zuhörer nach Ermessen des Vorsitzenden zugelassen werden könnten.

Justizminister Dr. **Schmidt** ersuchte um Annahme der Vorlage nach den Ausschußbeschlüssen. Die Stellung, die der Staatsanwaltschaft dabei eingeräumt werde, bedeute keineswegs ein Mißtrauen gegen die Richterschaft. Er, der Minister, sowie seine ganze Verwaltung hätten vollstes Vertrauen zu der Richterschaft. Diese habe ihn in den verflossenen acht Monaten seiner Amtstätigkeit nicht nur willig und korrekt, sondern zum Teil auch hingebend und treu unterstützt. Die Vorlage solle gerade dazu beitragen, das in der Oeffentlichkeit zum Teil leider noch bestehende Mißtrauen gegen die Richter zu beseitigen und die Richter volkstümlich zu machen. Zurückweisen müsse er die im Ausschuß aufgetauchte Meinung der Verfassungswidrigkeit der Vorlage.

Abg. Dr. **Deerberg** (DN.) erklärte, seine Fraktion werde die Vorlage ablehnen. Das in der Vorlage statuierte Recht der Staatsanwaltschaft, durch ein einfaches Veto die nichtöffentliche Verhandlung zu inhibieren, sei unannehmbar. Die in der Vorlage vorgesehene Regelung werde die Richterschaft in ein Abhängigkeitsverhältnis zur Staatsanwaltschaft bringen, wodurch die Unabhängigkeit der Richter verletzt werde.

Abg. Dr. **Rosenfeld** (Soz.) billigte namens seiner Fraktion das Gesetz.

Abg. **Obuch** (Komm.) erklärte, daß die Vorlage sich hüte, an dem Kernstück der bisherigen Regelung von 1851 zu rütteln, daß nämlich die Richter als einziger Stand von ihren Berufskollegen abgeurteilt werden.

Abg. **Grzimek** (Dem.) bat um Annahme des demokratischen Entschließungsantrages, der die Oeffentlichkeit auch der Disziplinarverfahren der anderen Beamtenkategorien fordert. Der Redner lehnte die Bestimmung ab, daß die Staatsanwaltschaft allein durch ihr Veto die Nichtöffentlichkeit des richterlichen Disziplinarverfahrens verhindern könne.

Abg. **Kriege** (DVg.) lehnte gleichfalls das Vetorecht der Staatsanwaltschaft ab und erklärte, für seine politischen Freunde sei die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit des Richtertumes entscheidend, besonders in den jetzigen politischen Zeitläufen.

Darauf wurde der deutschnationale Aenderungsantrag, der das Vetorecht der Staatsanwaltschaft ausschalten will, gegen die Antragsteller, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten abgelehnt. **Die Vorlage wurde in zweiter Lesung nach den Ausschußbeschlüssen angenommen.** Die dritte Lesung konnte nicht vorgenommen werden, weil ihr die Abgeordneten Deerber (DN.) und Kriege (DVg.) widersprachen.

Der Gesetzentwurf über die einheitliche Regelung des Schulbeginnes und des Schulschlusses wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen mit der Aenderung, daß auch ein schulärztliches Zeugnis für die Zurückstellung der Kinder ausreichen soll. Angenommen wurde noch eine Entschließung des Hauptausschusses, wonach das Staatsministerium der Entwicklung des Sonderschulwesens seine besondere Aufmerksamkeit widmen soll.

Zugestimmt wurde dem Antrag des Hauptausschusses, der die verfassungsmäßig erforderliche Zustimmung des Landtages zu der geplanten Veräußerung der Beteiligung des preußischen Staates an Privateisenbahnen versagt. Angenommen wurden Anträge des Geschäftsordnungsausschusses, wonach eine beantragte Genehmigung zur Festnahme des kommunistischen Abgeordneten Jendrosch zur Leistung des Offenbarungseides nicht erteilt wird, dagegen die vom preußischen Justizministerium beantragte Strafverfolgung des Abgeordneten Graf von Helldorf (Völk.) wegen fahrlässiger Körperverletzung genehmigt wird.

Das Haus vertagte sich dann auf Donnerstag, den 1. Dezember, 13 Uhr.

Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht die zweite Beratung des Besoldungsgesetzes und die Fortsetzung der zweiten Beratung der Landgemeindeordnung.

Die Wiener Festtage.

Empfang beim deutschen Gesandten. — Eine Ansprache Dr. Stresemanns an die Pressevertreter.

‡ **Wien**, 15. Nov. **(Tel.)** Der deutsche Gesandte Graf Lerchenfeld veranstaltete heute nachmittag zu Ehren des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers einen Empfang für die deutsche Kolonie. Reichskanzler Dr. Marx hielt eine kurze Ansprache, in der er, wie in seinem gestrigen Trinkspruch, nochmals darauf hinwies, wie sehr sich in den letzten drei Jahren durch zähe Arbeit das Schicksal Deutschlands wie auch Oesterreichs verbessert habe. Der Freundschaftsbesuch in Wien sei angesichts der engen und herzlichen Beziehungen und der Kulturgemeinschaft zwischen dem Deutschen Reiche und in Oesterreich eine Selbstverständlichkeit. Ich fühle mich, sagte der Reichskanzler, hier überhaupt nicht wie im Auslande, sondern ich habe das Gefühl, daß ich auch hier in meinem Vaterlande bin. Aus diesem Grunde, so erklärte Dr. Marx weiter, könne man die in Oesterreich lebenden Reichsdeutschen eigentlich gar nicht als Auslandsdeutsche bezeichnen. Er drückte seine Freude darüber aus, daß im Gegensatz zu früheren Zeiten jetzt alle Vereine und Organisationen Reichsdeutscher in Oesterreich zu einer einzigen Arbeitsgemeinschaft zusammengefaßt seien und empfahl der reichsdeutschen Kolonie, in voller Einigkeit ohne Unterschied den Gedanken der deutschen Kulturgemeinschaft durch die Tat weiter zu fördern.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann erschien erst etwas später auf der Gesandtschaft. Er sowohl wie der Reichskanzler plauderten längere Zeit mit verschiedenen hervorragenden Mitgliedern der Wiener reichsdeutschen Kolonie.

Im Anschluß an dieses Beisammensein empfing Dr. Stresemann die Vertreter der österreichischen und der internationalen Presse. In seiner Ansprache vor den Pressevertretern nahm er auch zu dem Ministerbesuch in Wien Stellung. Er polemisierte gegen die verschiedenen ausländischen Kommentare und erklärte u. a., man könne sich nicht über den Besuch wundern, sondern eher darüber, daß seit dem letzten Ministerbesuch in Wien fast volle drei Jahre vergangen seien. Ebensowenig habe man das Recht, aus der Abschaffung der Paßvisa zwischen Deutschland und Oesterreich, aus der Rechtsangleichung und aus anderen ähnlichen Abmachungen, die hoffentlich noch folgen würden, falsche Schlüsse zu ziehen. In einem Zeitalter der Weltwirtschaftskonferenz und des Gedankens der Vereinigten Staaten von Europa dürfe keiner, dem solche Gedanken ernst sind, sich daran stoßen, wenn irgendwo mit der Verwirklichung dieser Gedanken ernst gemacht werde. Die zweite, besonders bemerkenswerte Stelle der Rede bezog sich auf die Friedenspolitik des Außenministers. Anknüpfend an einen Hinweis auf die beiden letzten Reden Baldwins und Briands sprach Stresemann die feste Hoffnung aus, daß dem seit Locarno begonnenen Verständigungswerk auch das Abrüstungswerk folgen werde. Wer nach den Erlebnissen des letzten Krieges noch jemals die Hand dazu bieten würde, daß ein neuer Krieg entstehe, der müsse als Verbrecher bezeichnet werden. — Dr. Stresemann hatte gebeten, sich mit seinen geschlossenen Ausführungen zu begnügen und keine Fragen an ihn zu richten. Er blieb aber noch einige Zeit in ungezwungenem Gespräch bei den Journalisten.

Die politischen Unterhaltungen zwischen Dr. Marx, Dr. Stresemann und den Mitgliedern der österreichischen Regierung haben zum größten Teil gestern stattgefunden. Reichskanzler Dr. Marx und Reichsminister des Aeußern Dr. Stresemann begaben sich heute zusammen mit Bundeskanzler Dr. Seipel nach Klosterneuburg, wo sie in der Stiftskirche einem feierlichen Pontifikalamt beiwohnten, bei dem vom Kirchenchor auf besonderen Wunsch des Reichskanzlers Dr. Marx die Messe in E-Moll von Anton Bruckner gesungen wurde. Nach dem Hochamt besichtigten die Gäste das Stift. In der Bibliothek trugen sie sich in das Gedenkbuch ein. An die Besichtigung schloß sich ein zu Ehren der Gäste im Refektorium gegebenes Frühstück.

Briand zur Stresemann-Rede in Wien

tu **Paris**, 16. Nov. **(Tel.)** Ueber die Reise Stresemanns nach Wien befragt, erklärte Briand in der gestrigen Sitzung der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten, daß es ganz natürlich sei, daß sich die Minister des Aeußeren der europäischen Länder begegnen. Man hätte nur die Rede Stresemanns zu lesen, um sich davon zu überzeugen, daß Frankreich Unrecht tun würde, wenn es sich über die Wiederbegegnung beunruhigen würde.

Abreise des Reichskanzlers nach München.

tu **Wien**, 16. Nov. **(Tel.)** Reichskanzler Dr. Marx ist heute um 10,30 Uhr vom Westbahnhof nach München abgereist. Auf dem Bahnhof hatten sich bereits lange vor der Abfahrt des Zuges Bundeskanzler Dr. Seipel, Polizeipräsident Schober und der deutsche Gesandte mit dem Gesandtschaftspersonal eingefunden. Die Verabschiedung war überaus herzlich. Dr. Marx dankte dem Bundeskanzler für den ihm und Dr. Stresemann bereiteten warmen Empfang und knüpfte daran die Hoffnung, den Bundeskanzler baldigst in Berlin begrüßen zu können.

Reichskanzler Dr. Marx traf heute abend, mit dem fahrplanmäßigen Zuge von Wien kommend, mit dreiviertelstündiger Verspätung um ½9 Uhr abends in München ein. Zum Empfang hatten sich auf dem Bahnsteig Ministerpräsident Dr. Held, Reichsgesandter von Haniel, der bayerische Gesandte in Berlin von Preger sowie eine größere Anzahl anderer Herren eingefunden. Nach einer herzlichen Begrüßung durch den Ministerpräsidenten fuhr der Reichskanzler sofort im Auto in das Palais des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held, wo das Abendessen eingenommen wurde.

Die Münchener Presse zum Besuch des Reichskanzlers.

tu **München**, 16. Nov. **(Tel.)** Die gesamte Presse widmet dem heute abend in München eintreffenden Reichskanzler Dr. Marx herzliche Begrüßungsworte. Die „Bayerische Staatszeitung", die bekanntlich der Regierung nahesteht, äußert sich besonders ausführlich und erklärt, der Besuch sei ein staatspolitischer Akt in des Wortes umfassendster Bedeutung. Gerade im Hinblick auf die geschichtliche Zusammengehörigkeit des deutschen und des österreichischen Volkes liege in dem Reiseweg des Reichskanzlers von Wien nach München eine ganz besondere Symbolik, weil hier zum ersten Male der erste deutsche Minister den Weg gegangen ist, der allein zur großen gemeinschaftlichen deutschen Zukunft führen könne. Dem Reichskanzler werde mit aller nur erdenklichen Klarheit der ungebeugte Wille zur unbedingten Wahrung eines selbständigen bayerischen Eigenlebens im Verbande des Reiches entgegenleuchten, in einem Reiche, das an Stelle einer Machtpolitik künftig eine Zusammenarbeit treten lassen will, die Bayern wie auch den anderen Ländern die Möglichkeit gibt, Herr im eigenen Staate und im eigenen Lande zu sein und zu bleiben.

*

Die Wiener Konferenz über das neue Strafgesetz.

‡ **Wien**, 15. Nov. **(Tel.)** Im Budgetsaal des Parlamentes trat heute vormittag die Konferenz von Mitgliedern des Rechtsausschusses des Deutschen Reichstages und des vom österreichischen Nationalrat zur Vorbereitung des Strafgesetzes eingesetzten Sonderausschusses zusammen. Der Obmann des österreichischen Ausschusses, Dr. Waber, eröffnete die Konferenz mit einer Begrüßungsansprache, in der er darauf hinwies, daß es das erste Mal sei, daß Vertreter der Ausschüsse von zwei Parlamenten zu einer Konferenz zusammentraten, um ein gemeinsames Werk der Vollendung zuzuführen. Er sprach den Regierungen den Dank für die Förderung dieses Werkes aus, das hoffentlich zu einem gedeihlichen Abschluß geführt werden könne.

Justizminister Dinghofer begrüßte darauf im Namen der österreichischen Regierung die deutschen Teilnehmer. Er wies darauf hin, daß es ein Ereignis von unvergänglicher rechtshistorischer Bedeutung sei, was sich hier vollziehe. „Wir sind hierher gekommen, um dem nationalen Gedanken eines einheitlichen Strafgesetzes für beide Staaten unsere Dienste zu weihen. Sie sind hier versammelt, um als Vertreter des Rechtsausschusses des Deutschen Reichstages mit den Delegierten des österreichischen Nationalrates in einer freien Konferenz die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die der Verwirklichung dieses schönen Gedankens bei der notwendigerweise getrennten parlamentarischen Beratung des identischen Gesetzentwurfes in den beiden gesetzgebenden Körperschaften erstehen können."

Präsident Dr. Waber lud den Obmann des deutschen Rechtsausschusses, Dr. Kahl, ein, den Vorsitz in der Konferenz zu führen.

Professor Dr. Kahl dankte zunächst für die ihm und seinen Kollegen aus dem Reiche gewidmeten Begrüßungsworte und fuhr dann fort: „Seien Sie überzeugt, meine Herren, daß wir, durchaus von der gleichen Besinnung beseelt, hierher gekommen sind, die sich aus ihren Worten offenbart hat. Auch bei uns herrscht der absolut feste Wille und Entschluß, an dem großen gemeinschaftlichen Kulturwerk mit unseren besten Kräften mitzuarbeiten. Es ist in seiner Art gewiß etwas einziges, aber ich bin der festen Ueberzeugung, daß, wenn der gute Wille vorhanden sein wird, uns auch der Erfolg nicht fehlen wird. Wir wollen uns nicht darüber täuschen, daß wir gelegentlich auch Fragen von großer Bedeutung auszutragen haben werden, in denen es manchen Gegensatz zu überwinden geben wird. Wir wollen aber bei allen unseren Arbeiten immer das Höhere, den Gedanken an die Herstellung der Rechtseinheit auf einem so wichtigen Gebiet walten lassen. Ich bin mir wohl bewußt, daß Parteigegensätze und Parteipolitik nicht werden ausgeschaltet werden können dort, wo es sich um größere Weltanschauungen handelt. Aber lassen Sie uns an die Arbeit gehen mit dem Gedanken und dem Entschluß, Kleines hinter Großes zurückzustellen und trennende parteipolitische Momente hinter die Sache selbst zurücktreten zu lassen. Vieles ist seiner Natur nach so geartet, daß es von selbst der Parteipolitik entrückt ist, bei anderen wird sie notwendig eingreifen müssen. Aber ich bitte Sie, über all das den Gedanken des letzten großen Zieles zu setzen."

Die Konferenz trat hierauf in die Beratungen ein

Leichtes Ansteigen der Arbeitslosenziffer.

tu **Berlin**, 15. Nov. **(Tel.)** Amtlich wird mitgeteilt: Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist in der Zeigt vom 15. bis zum 31. Oktober d. J. — zum ersten Male seit Februar d. J. — sowohl in der Arbeitslosenversicherung als auch in der Krisenunterstützung wieder in geringem Umfange gestiegen und zwar in der Arbeitslosenversicherung um rund 10 000 gleich 3,1 v. H. und in der Krisenunterstützung um rund 3000 gleich 2,7 v. H. Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen hat also um rund 13 000 gleich 2,9 v. H. zugenommen.

Die Zunahme ist zu einem nicht unerheblichen Teil darauf zurückzuführen, daß Arbeitslose, die bisher bei Notstandsarbeiten beschäftigt waren, wieder in die unterstützende Fürsorge aufgenommen worden sind, weil die Notstandsarbeiten der Jahreszeit entsprechend eingeschränkt wurden. Im übrigen ist die Steigerung in der Hauptsache auf die Entlassung von Arbeitskräften aus landwirtschaftlichen, baugewerblichen und anderen Saisonbetrieben zurückzuführen. — Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenunterstützung betrug am 31. Oktober d. J. rund 340 000 (männlich 274 000, weiblich 66 000) gegenüber 330 000 (männlich 265 000, weiblich 65 000) am 15. Oktober und 355 000 (männlich 286 000, weiblich 69 000) am 1. Oktober d. J. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung betrug am 31. Oktober d. J. rund 116 000 (männlich 93 000, weiblich 23 000) gegenüber 113 000 (männlich 90 000, weiblich 23 000) am 15. Oktober d. J.

Die Entlassung der russischen Oppositionsführer.

‡ **Kowno**, 15. Nov. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, Rykow, das Dekret über die Entlassung Trotzkis und der übrigen Oppositionsführer von ihren staatlichen Posten heute unterzeichnet. — Wie weiter aus Moskau gemeldet wird, wird dort als Nachfolger Komenews auf den Botschafterposten in Rom Karachan genannt.

Im Zusammenhang mit dem Ausschluß Trotzkis und Sinowjews aus der Partei wird erklärt, daß der Opposition durchaus die Möglichkeit gegeben worden sei, ihre Ansicht zu verteidigen. Aber beide Führer der Opposition hätten in voller Mißachtung jeglicher Parteidisziplin mit Hilfe gestohlener Schriftstücke und Papiere illegale Propagandaliteratur hergestellt. In geheimen Versammlungen seien sie nicht nur vor einem Arbeiterpublikum, sondern auch vor sowjetfeindlichen Zuhörern gegen die Partei und die Sowjetregierung aufgetreten. U. a. haben sie sich mit Gewalt des Auditoriums der Moskauer Technischen Hochschule bemächtigt und dort Protestversammlungen gegen die Partei abgehalten. Sie hätten versucht, militärische Wachtposten zu entfernen und die eigene bewaffnete Schutzwache aufgestellt. Da somit unter Führung von Trotzki und Sinowjew die Opposition gegen die Partei und die Sowjetregierung aufgetreten sei, sei beschlossen worden, Trotzki und Sinowjew aus der Partei auszuschließen. Gleichzeitig wurde den Mitgliedern der Opposition mitgeteilt, daß das Präsidium der Kommunistischen Partei vorschlagen werde, alle Mitglieder der Opposition aus der Partei auszuschließen.

*

Die neuen weitgehenden Strafmaßnahmen gegen die Oppositionsführer wurden im Plenum der Zentralkontrollkommission und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei schon Ende voriger Woche beschlossen, aber zunächst nicht öffentlich bekanntgegeben. Infolgedessen verbreitete sich in Moskau die Nachricht, daß fast alle Führer der Opposition aus der Partei ausgeschlossen worden seien. Aus der gestern erfolgten amtlichen Bekanntmachung ersehe dann die breitere Oeffentlichkeit, daß diese strengste Maßnahme nur gegen Trotzki und Sinowjew als die Hauptführer der Opposition verhängt worden ist mit der Begründung, daß ihre ganze Tätigkeit nicht nur parteifeindlich, sondern auch schon sowjetfeindlich geworden sei und die Diktatur des Proletariats gefährde. Gegenüber den übrigen führenden Persönlichkeiten der Opposition hat sich das Plenum mit milderen Strafmaßnahmen begnügt und sie teilweise aus dem Zentralkomitee, teilweise aus der Zentralkontrollkommission ausgeschlossen. Auch ihr weiteres Verbleiben in der Partei ist in Frage gestellt, da beschlossen worden ist, die Beurteilung der ganzen Angelegenheit dem am 1. Dezember zusammentretenden Parteikongreß zur endgültigen Entscheidung vorzulegen. Von ihm wird also das weitere Schicksal Radeks, Kamenews, Smilgas, Iewdokimows und anderer prominenter Oppositionellet abhängen.

Die Sowjetpresse begrüßt die Maßnahmen des Plenums als nicht länger mehr aufschiebbare und unumgängliche Schritte. Die „Leningradskaja Prawda", die auch diesmal einen besonderen Eifer bei der Verteidigung der Interessen der Parteileitung zeigt, führt dazu aus: Es unterliege gar keinem Zweifel mehr, daß die Opposition ganz bewußt gerade in den Jubiläumstagen eine Demonstration gegen die Parteieinheit inszeniert hätte. Ueber dieses in der Parteigeschichte unerhörte Ereignis könne eben nicht leicht hinweggegangen werden, es lasse sich weder vergeben noch vergessen. Die „Trotzkisten" hätten damit begonnen, über die Köpfe der Parteimitglieder hinweg an die Massen zu appellieren, der politische Sinn ihres neuesten Auftretens lasse sich in folgende Formel zusammenfassen: „In der politischen Sowjetarena ist eine neue Kraft aufgetreten, und zwar gegen die Diktatur des Proletariats." Da ein solches Auftreten sich nicht nur gegen die Partei, sondern gegen die ganze Sowjetverfassung richte, so habe man nun auf jede weitere Schonung verzichten müssen und „das Trotzkisten-Stimmvieh wird schonungslos von der proletarischen Revolution zerstampft werden." — In der Sowjetpresse wird auch noch mit besonderer Entrüstung darauf hingewiesen, daß die Oppositionsführer eingeladen worden waren, an den Jubiläumsfeierlichkeiten auf der Regierungstribüne teilzunehmen und daß ihnen für die Festtage ein eigenes Automobil zur Verfügung gestellt war — die Nichtausnutzung dieser Einladung und die Veranstaltung besonderer Gegendemonstrationen erhalten dadurch einen noch herausforderndern Charakter.

Poincaré stellt zweimal die Vertrauensfrage.

♂ **Paris**, 15 Nov. Die Kammer setzte heute vormittag ihre Beratungen über das Ausgabenbudget des Jahres 1928 fort. Dabei wurde die Erörterung über das Budget des Arbeitsministeriums beendet und das Budget der Hygiene und der öffentlichen Unterstützung in Angriff genommen. Im Laufe der Beratungen gab Poincaré sich veranlaßt, zweimal die Vertrauensfrage zu stellen, um die Zurückverweisung einzelner Kapitel an die Finanzkommission zu verhindern. Er erzielte hierbei absolute Mehrheiten von rund 130 Stimmen.

Das französisch-belgische Militärabkommen vor der belgischen Kammer.

Brüssel, den 15. Nov. In der belgischen Kammer wurde heute nachmittag die Interpellation der Frontsoldaten über das französisch-belgische Militärabkommen besprochen. Vandervelde gab eine Erklärung ab, in der er feststellte, daß dieses Abkommen nicht die politische Unterstellung Belgiens unter Frankreich bedeute. Das Abkommen sei rein defensiver Natur und sehe nur gemeinsame Maßnahmen im Falle eines nicht provozierten Angriffes vor. Der Vertrag trage also dazu bei, die Garantien des Friedens zu verstärken. Die Abmachungen zwischen dem französischen und dem belgischen Generalstab bestimmten, daß beide Länder in voller Unabhängigkeit bleiben würden, wenn die Bündnisverpflichtung eintreten sollte. Belgien, so erklärte Vandervelde weiter, bleibe es freigestellt, sein Verteidigungssystem, seine Grenzbefestigungen und die Dauer der Militärdienstzeit nach eigenem Ermessen zu regeln. Wenn beide Länder genötigt sein würden, sich zur gemeinsamen Verteidigung zu vereinen, könnte und müßte ein Gedankenaustausch zwischen den beiden Generalstäben stattfinden. Indessen würden keine Arrangements getroffen werden, die die Souveränität der beiden Länder beeinträchtigen könnten. Den beiden Generalstäben sei es erlaubt, zum Studium von Maßregeln für den Fall eines deutschen nicht provozierten Angriffes zusammenzuwirken. Der Vertrag von Locarno sehe diese militärische Zusammenarbeit übrigens vor. Der Militärvertrag vervollständige die Locarnoverträge und passe in den Rahmen des Völkerbundpaktes hinein. Die schwach besuchte Kammer lehnte darauf die Interpellation ab und sprach der Regierung das Vertrauen aus.

Aus dem Kriegsbeschädigten-Ausschuß.

vdz **Berlin**, 14. Nov. **(Tel.)** Der Kriegsbeschädigtenausschuß des Reistages beendete am Dienstag die allgemeine Aussprache über die Novelle zum Reichsversorgungsgesetz. Frau Abg. Reitze (Z) trat für eine einheitliche Rente der Hinterbliebenen ein. Die gegenwärtige Dreiteilung benachteiligte zehntausende von Frauen. Die Witwen kämen jetzt in ein Alter wo sie nicht mehr erwerbstätig sein könnten, deshalb müßten sie allgemein Zusatzrente bekommen. Abg. Hülser (DN) begrüßte den Regierungsentwurf als eine großzügige Maßnahme, wünschte aber noch im Benehmen mit dem Finanzminister eine Prüfung darüber, welche Wünsche noch Erfüllung finden könnten. Geh.-Rat Kerschensteiner trat der Auffassung entgegen, daß in den nächsten Jahren erhebliche Einsparungen im Versorgungsetat gemacht werden könnten. Im ganzen zeige der

Aufwand für die Versorgung eine ununterbrochene Steigerung von 965 Millionen im Jahre 1924 auf 1380 Millionen im Voranschlag für 1928. An Waisengeldern würden in den nächsten Jahren nur etwa 30 Millionen pro Jahr eingespart werden. Abg. Budjuhn (DN) stimmte sachlich mit den Anträgen der Opposition überein, vermißte aber Deckungsvorschläge. Abg. Roßmann (S) meinte, es gebe andere Staatsausgaben, bei denen man genügend einsparen könne, um die Versorgung der Kriegsopfer zu verbessern. Abg. Sparrer (D) wünschte unverzügliche Verabschiedung des Gesetzes. Aus diesem Grunde lehnten die Oppositionsparteien auch die Einsetzung des von den Regierungsparteien angeregten Unterausschusses ab. Infolgedessen wird der Ausschuß selbst am Donnerstag mit der Einzelberatung des Entwurfs beginnen.

tu **Berlin**, 15. Nov. **(Tel.)** Der Kriegsbeschädigtenausschuß des Reichstages begann am Dienstag die Generaldebatte über die Novelle zum Reichsversorgungsgesetz. Geheimrat Kerschensteiner trat der Auffassung entgegen, daß im Versorgungsetat in den nächsten Jahren erhebliche Einschränkungen zu erwarten seien. Es sei wohl mit gewissen Mehrausgaben bei den einzelnen Kategorien zu rechnen, aber im ganzen zeige der Aufwand eine ununterbrochene Steigerung. Er habe betragen im Januar 1924: 965 Millionen, 1925: 1260 Millionen, 1926: 1310 Millionen, 1927: 1334 Millionen und für 1928 sind die Kosten dieser Novelle mit 1380 Millionen vorgesehen. Am Donnerstag beginnt die Spezialberatung.

Deutsches Reich

Neue Lärmszenen im Kolleg v. Möllers.

v **Berlin**, 14. Nov. In dem Kolleg des Professors v. Möller, gegen den bekanntlich eine amtliche Untersuchung schwebt, kam es heute zu neuen Lärmszenen. Professor v. Möller wurde, als er seine Vorlesung begann, von einem Teil des vollbesetzten Auditoriums mit lebhaftem Trampeln begrüßt, auf das eine Opposition lärmend antwortete. Nachdem sich die Kundgebungen gelegt hatten, konnte Prof. v. Möller seinen Vortrag fortsetzen, aber bald brach der Lärm wieder los, als er erklärte, daß „Adel und Herrschergeist zwar bei anderen Völkern durch gemeine Masseninstinkte ersetzt werden könnten, aber niemals bei den Germanen". Professor v. Möller forderte zur Ruhe auf, drang aber nicht durch. Schließlich verließ er mit seinen Anhängern den Saal. Inzwischen hatte der Universitätsrektor eine Anzahl Pedelle in den Hörsaal geschickt und nach einer Unterbrechung von 15 Minuten konnte Professor v. Möller sein Kolleg fortsetzen.

Beamtenbeiräte der rheinischen und westfälischen Zentrumspartei.

Die auf Mittwoch, 16. ds. Mts., nach Essen einberufene gemeinsame Sitzung der Arbeitsausschüsse beider Beiräte, muß verschoben werden. Neuer Termin wird bekanntgegeben werden.

Hugenberg und der Jungdeutsche Orden.

♂ **Bielefeld**, 15. Nov. Einer zahlreich besuchten Vertrauensleute-Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei in Bielefeld wohnte auch Reichstagsabgeordneter Dr. Hugenberg bei. Der Beauftragte der Deutschnationalen Volkspartei, Abg. Treviranus, betonte, für das Reichsschulgesetz bedeute das Hinneigen der Deutschen Volkspartei zur Gemeinschaftsschule eine gewisse Gefahr. Die Deutschnationalen setzten sich mit größtem Nachdruck für die Sicherung der Bekenntnisschule ein. Bei der Durchführung der notwendigen Beamtenbesoldungsreform sei eine Verwaltungsreform anzustreben. Heute werde in den Ministerien ein Drittel der Arbeitsleistung zur Beseitigung der Kompetenzkonflikte zwischen einzelnen Behörden zwecklos verbraucht. Unter dem Beifall der Versammlung forderte der Redner einen Abbau der kostspieligen und bürokratischen Verwaltung bei der Sozialversicherung, die in gleicher Weise Arbeitgeber und Arbeitnehmer belaste. Für die kommende Etatsberatung müßten bei verschiedenen Etats Abstriche von zehn bis fünfzehn Prozent angestrebt werden. Bei den Handelsvertragsverhandlungen sei die Tätigkeit des deutschnationalen Ministers Schiele anzuerkennen, der die Überflutung der Ostgrenze mit polnischen Schweinen verhindert habe. Zum Schluß ging der Redner auf die Auseinandersetzung mit dem Jungdeutschen Orden in Kürze ein. Nach einer lebhaften mehrstündigen Aussprache gelangte folgende Vertrauenskundgebung für Geheimrat Dr. Hugenberg einstimmig zur Annahme:

„Die von dem Jungdeutschen Orden gegen den Abgeordneten unseres Wahlkreises, Dr. Hugenberg, gerichteten Angriffe und Verdächtigungen weisen wir mit allem Nachdruck zurück. Wir stehen in unbeirrbarer Treue zu dem bewährten Vorkämpfer des nationalen Gedankens, unserem Abgeordneten Dr. Hugenberg. Wir danken ihm für seine Lebensarbeit, die weit über den Rahmen parlamentarischer Tätigkeit hinaus wertvolle Erfolge für das nationale Deutschland erzielt hat, und versichern ihn unseres vollen Vertrauens."

Aus aller Welt.

Eine amtliche Erklärung zur Freisprechung Manoilescus.

w **Bukarest**, 15. Nov. **(Tel.)** Nach einer zwölfstündigen Sitzung des Ministerrates wurde der Presse folgende Erklärung übergeben: Die Regierung hat Manoilescu vor Gericht gezogen, weil sie es für notwendig hielt, schon beim ersten Versuch ein Exempel zu statuieren, um jeden weiteren Versuch, der ernster und für die Sicherheit der Staates gefährlicher sein könnte, zu verhindern. Das Kriegsgericht hat diese Folgen nicht in Betracht gezogen und glaubte, es liege kein Grund vor, das Gesetz in seiner ganzen Schärfe anzuwenden. Von der künftigen Haltung derjenigen, die durch ihre Machenschaften das Schicksal des ganzen Staates unbedenklich in Gefahr bringen, wird es abhängen, ob die Nachsicht des Kriegsgerichtes gerechtfertigt war. Das gefällte Urteil schließt diesen Einzelfall ab. Es kann keinen Einfluß auf die Entschlossenheit der Regierung haben, die Anwendung der Gesetze gegenüber jedem zu fordern, der die öffentliche Ordnung und die Sicherheit des Staates zu stören versuchen sollte.

Mussolini will keine Frauen im Parlament.

rd **Mailand**, 14. Nov. Arnoldo Mussolini macht im „Popolo d'Italia" zu den Beschlüssen des Großen Parteirates über die Kammerreform noch einige ergänzende Mitteilungen über die Stellung der Frauen zum zukünftigen Parlament. Er erklärt, daß die Frauen im Rahmen des vorgesehenen beschränkten Wahlrechtes als Wähler zugelassen würden, als wählbar aber nicht in Frage kämen. Der Feminismus sei nach faszistischer Auffassung eine demokratische Entartung des bürgerlichen und politischen Lebens unserer Zeit.

Die englische Truppenreduzierung im Rheinland beendet.

tu **London**, 16. Nov. **(Tel.)** An maßgebender Stelle wird bestätigt, daß die Reduzierung der britischen Besatzungstruppen am Rhein auf den in der letzten Note an Deutschland angegebenen Stand nunmehr vollzogen ist. — Mit der Herabsetzung der englischen Truppen um 250 Mann ist man nach hiesiger Auffassung bereits beträchtlich unter die Zahl gegangen, die aus militärtechnischen Gründen als unbedingt notwendig bezeichnet wurde. Es scheint richtig zu sein, daß man an eine weitere Verminderung des britischen Besatzungskontingentes nicht denkt. Die 6250 Mann werden im Rheinlande bis zum Augenblick der vollständigen Räumung verbleiben. In der Frage der endgültigen Räumung ist eine Änderung der früheren Auffassung nicht festzustellen.

Mißlungenes Attentat gegen Calles.

b **Berlin**, 15. Nov. Nach der „B. Z." meldet die spanische Zeitung „Pensa" (St. Antonio), daß ein Attentatsversuch auf den mexikanischen Präsidenten Calles, nahe dem Chapultepes-Palast, in Mexico-City, mißglückte. Die Täter waren frühere Armee-Offiziere. Calles blieb unverletzt. Nur sein Auto wurde durch Revolverschüsse beschädigt. Eine Bestätigung der Nachricht aus Mexiko-City liegt noch nicht vor.

Zur Besetzung Hankaus.

Schanghai, 16. Nov. **(Kabeldienst der Telunion.)** Die Nankingtruppen, welche bereits am Sonntag zur Verstärkung der Vorhut eingetroffen waren, besetzten heute kampflos den gesamten Stadtkomplex. Man glaubt, daß damit der wichtigste Schritt zur Wiedervereinigung Südchinas getan ist. General Tangochenchi scheint die letzten Oppositionstruppen nach der Honan-Provinz zurückgezogen zu haben, wo sie sich einstweilen behaupten können. Angesichts der kommunistischen Drohungen hat die Nankingregierung die schärfsten Gegenmaßnahmen getroffen. Ein kommunistischer Versuch, die Schanghai-Nanking-Bahn zu zerstören, konnte vereitelt werden. Ein Putschversuch in Sütschau nahe Schanghai mißglückte. Die Lage bleibt jedoch unsicher.

Ostpreußen-Kundgebung des Langnamen-Vereins.

Steuern. — Soziale Lasten. — Industrie und Landwirtschaft. — Reichsregierung und Reparationsagent.

Düsseldorf, 15. Nov. Der Langnamenverein (Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen Rheinlands und Westfalens) hielt hier heute seine diesjährige Mitgliederversammlung ab, die dadurch ein besonderes Gepräge erhielt, daß die Lage der schwerbeschädigten Provinz Ostpreußen in den Vordergrund der Erörterungen gerückt wurde.

Generaldirektor Dr. Reusch

wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß sich die deutsche Wirtschaft mehr und mehr mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten des deutschen Ostens befassen müsse, die auf die gesamte deutsche Wirtschaft zurückwirkten. Dr. Reusch beschäftigte sich dann mit allgemeinwirtschaftlichen Fragen und erklärte u. a., daß sich das deutsche Volk mit dem gegenwärtigen Zustand, daß jeder Minister auf eigene Faust Wirtschaftspolitik treibe, auf die Dauer nicht abfinden könne. Man habe den Eindruck, daß auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik ein Durcheinander- und Nebeneinander-Regieren Platz gegriffen habe, das auf die Dauer für die Wirtschaft unerträglich sei. Im letzten Vorkriegsjahr wurden vom Reich, den Ländern und Gemeinden 4 Milliarden an Steuern erhoben, im Jahre 1924 10,5 Milliarden, 1925 11 Milliarden, 1926 11,5 Milliarden und das Jahr 1927 werde eine Steuerlast von 13,5 Milliarden bringen. Die sozialen Lasten betrugen im letzten Vorkriegsjahr 1,3 Milliarden; sie seien allmählich im Jahre 1924 auf 2,3 Milliarden, 1925 auf 2,8, 1926 auf 4,4 Milliarden angewachsen. Im Jahre 1927 würden sie rund 5 Milliarden betragen. Gegenüber diesen Ziffern kennzeichnete der Redner anhand von Beispielen das Mißverhältnis zwischen Erlös-Preis, Lohnsteigerungen und sozialen Lasten bei der Schwerindustrie. Der Höhepunkt der Konjunktur sei überschritten. Die monatlichen Ergebnisse in der Schwerindustrie zeigten schon jetzt nicht unerhebliche Rückgänge.

Darauf sprach

Oberpräsident a. D. von Batocki,

über Industrie und Landwirtschaft. Wenn die Industrie, so führte er u. a. aus, viel schneller in der Technik und Produktionsfähigkeit fortgeschritten sei als die Landwirtschaft, so liege das auch an der schon 1914 weit durchgeführten seitdem noch außerordentlich weiter entwickelten Konzentration. Diese Erkenntnis dürfe nicht dazu verleiten, etwa entgegen der augenblicklichen Entwicklung auch bei der Landwirtschaft eine vermehrte Zusammenfassung in Großbetrieben zu wünschen. Die östlichen Agrarverhältnisse seien im Westen vielfach falsch beurteilt worden. Die Grundbesitzverteilung habe sich seit einem halben Jahrhundert entgegen der Theorie des Marxismus ständig in der Richtung der Vermehrung der Kleinbetriebe bewegt. In Ostpreußen würden von der landwirtschaftlich benutzten Fläche 28,6 Prozent auf den Großbetrieb entfallen gegenüber einem Reichsdurchschnitt von 15 Proz. Die Siedlungsarbeit erfordere viel sich mäßig verzinsendes Kapital, was bei der theoretischen Siedlungsgesetzgebung oft zum Schaden der Sache übersehen worden sei. Es sei aber unbedingt nötig, im Siedlungswege eine Verdichtung der landwirtschaftlichen Bevölkerung des Ostens zu betreiben. Im Gegensatz zur Industrie sei bei der Landwirtschaft eine Dezentralisation geboten, wobei Nachteile in gewissem Grade durch das ländliche Genossenschaftswesen ausgeglichen werden können. Wichtig sei auch die Frage einer stärkeren Industrialisierung der Agrargebiete. Unbedingt wünschenswert sei ein Schutz der Landwirtschaft gegen den übermächtigen Wettbewerb des benachbarten, besonders des polnischen Auslandes.

Nach den mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen Batockis referierte der

Präsident der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer Dr. Brandes

über die „Wirtschaftliche und politische Lage Ostpreußens nach der Abtrennung vom Mutterlande und die Auswirkungen auf ganz Deutschland." Der Redner kennzeichnete eingehend die wirtschaftliche und politische Bedeutung Ostpreußens für Deutschland, das nach dem Versailler Diktat ein Volk ohne Augen geworden sei. Durch den Erwerb von Posen habe Polen einen gewaltigen Frachtenvorsprung gegen Ostpreußen bei der Belieferung von Deutschland gewonnen. Dazu kämen die Erschwernisse bei der Güterabfertigung durch den Korridor und das gänzliche Versagen der Kanalverbindungen zwischen Ostpreußen und dem Westen, da Polen diese Kanäle nicht unterhalte. Durch alle diese Verhältnisse sei eine rückläufige Tendenz der ganzen ostpreußischen Wirtschaft geschaffen. Die einheimischen Landarbeiter hätten um 6 Prozent, die polnischen um 75 Prozent abgenommen. Die Verschuldung habe stark zugenommen. Hinzu komme die Gefahr eines polnischen Handelsvertrages, der, wenn er ungünstig für die Landwirtschaft ausfalle, die Provinz Ostpreußen abdrosseln würde.

Viel beachtet wurde die Rede des

Generaldirektors Dr. Silverberg,

der im Auftrage der Industrie zu dem Briefwechsel zwischen Reichsregierung und Reparationsagent Stellung nahm. Man müsse anerkennen, daß Herr Parker Gilbert in ernster und loyaler Form die ihm von seinem Amt auferlegten Pflichten zur Kenntnis der Reichsregierung gebracht habe. Der Reichsverband der deutschen Industrie habe aber schon in seiner Schrift „Deutsche Wirtschaft und Finanzpolitik" im Jahre 1925 alle diese Probleme sorgfältig erörtert. Allerdings seien seine Beobachtungen damals wenig gewürdigt worden. Die heutige Lage sei lediglich das Endergebnis einer langen Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre, und man könne die heutige Regierung dafür nicht verantwortlich machen. Hier liege der Fehler Parker Gilberts. Schon in seinem Halbjahrsbericht finde man alles das, was er jetzt in schärferer Form in seinem Memorandum gesagt habe. Sagen könne man noch daß der Hinweis Parker Gilberts nicht in dieser Form hätte geschehen brauchen. Die Industrie habe sich um den Abbau der Ausgaben und gegen die Betätigung der öffentlichen Hand usw. mehr als einmal an die verantwortlichen Stellen gewandt. Betrachte man die Antwort der Reichsregierung an Parker Gilbert, so biete sie einesteils eine wertvolle Ergänzung seines Materials, während die Reichsregierung bei der Frage einer gewinnbringenden Ausfuhr vollkommen die Frage der Selbstkosten übergehe. Hier liege aber die Lösung. Die Selbstkostenfrage sei in Deutschland zu einer Selbstkostenkrise geworden. Hinzu komme noch die allgemeine Geldkrisis, und es sei vom Standpunkt der Wirtschaft zu fordern, daß diese Geldkrisis nicht noch durch falsche Maßnahmen provoziert und verschlimmert werde. Jede Verkürzung der Arbeitszeit sei schlimmer als eine Lohnerhöhung und erfordere Kreditinvestitionen, die die Wirtschaft nur auf dem Kreditwege beschaffen könne. Man müsse das Kreditproblem sehr ernst auffassen. Der Redner ist zwar nicht Gegner jeder kommunalen oder öffentlichen Anleihe, doch solle man den Kapitalmarkt im Inland schonen. Die deutsche Wirtschaft kenne ihre Verpflichtungen, es müsse ihr aber auch möglich gemacht werden, sie zu erfüllen. Die deutsche Wirtschaft erkläre, daß sie den von ihr übernommenen Reparationsverpflichtungen voll nachkommen werde, da sie gewohnt sei, Verträge zu erfüllen. Dazu gehöre aber auch eine starke Wirtschaftspolitik.

Zum Schluß sprach Bankier Pierdtmenges-Köln. Zur Frage der Erhöhung der Beamtenbezüge erklärte der Redner, daß die Erhöhung an sich durchaus anzuerkennen sei, der Zeitpunkt sei aber falsch gewählt und die Erhöhung sei allzu plötzlich gekommen.

*

Maiszoll und Reichsernährungsminister.

tu. **Berlin**, 15. Nov. Bei den Verhandlungen über den deutsch-jugoslawischen Handelsvertrag war vereinbart worden, den Zoll für Futtermais von 3,20 Mark auf 2,50 Mark je Doppelzentner zu ermäßigen. Gleichzeitig liegt ein Antrag des Reichsernährungsministeriums vor, den Zollsatz für Industriemais von 3,20 RMk. auf 5 RMk. zu erhöhen. Diese Tatsache nimmt der „Vorwärts" zum Anlaß einer ausführlichen Polemik gegen den Reichsernährungsminister. Das Blatt spricht u. a. indirekt den Verdacht aus, daß der Minister Schiele in vorliegendem Falle seine amtliche Tätigkeit dazu benutze, um seine privatwirtschaftlichen Interessen zu fördern. Demgegenüber wird von Seiten des Reichsernährungsministeriums folgendes festgestellt:

1. Es entspricht nicht den Tatsachen, daß Minister Schiele auf dem von ihm gepachteten Gut in Schollene eine eigene landwirtschaftliche Kartoffelstärkefabrik besitzt.

Die in Schollene befindliche Kartoffelstärkefabrik gehört der Schollen-A.-G. in Brandenburg, an der Minister Schiele beteiligt ist. Auch die Maizena-A.-G. ist an dem Unternehmen beteiligt. Die Fabrik in Schollene liegt seit Jahren still. Die Hauptfabrik in Brandenburg verarbeitet zur Zeit ausschließlich Mais. Mit dem Antrag auf Erhöhung des Zolles für Fabrikmais vertritt Minister Schiele somit keineswegs seine privatwirtschaftlichen Interessen, sondern handelt geradezu gegen die Interessen der Mais verarbeitenden Fabrik, an der er beteiligt ist. Dabei leitet ihn lediglich die Rücksicht auf die allgemeinen volkswirtschaftlichen und nationalen Interessen, vor allem die Rücksicht auf die mittlere und kleine Landwirtschaft, in deren Händen zu 85 Prozent die Kartoffelproduktion liegt."

Wirtschaftspolitische Rede Helds im bayerischen Landtag.

tu. **München**, 16. Nov. Ministerpräsident Dr. Held hielt heute im bayerischen Landtag anläßlich der Beratung des Handelsetats eine wirtschaftspolitische Rede, in der er zunächst nach einem Hinweis auf die bayerischen Industriezweige erklärte, daß der Staat in erster Linie der Landwirtschaft als der Grundlage der Gesamtwirtschaft seine Fürsorge angedeihen lassen müsse. Die bayerische Wirtschaft werde nur dann einen festen Boden haben, wenn sie sich auf den Binnenmarkt, und zwar in erster Linie in Bayern selbst stütze. Der Schutz der deutschen Wirtschaft müsse zur Aufgabe des Staates gemacht werden, und auch beim Abschluß von Handelsverträgen darauf gesehen werden, daß kein größerer deutscher Wirtschaftszweig unberücksichtigt bleibe. Vom Standpunkt der bayerischen Wirtschaft sei es zu bedauern, daß wir unsere Bahnen und die Post nicht mehr in Händen hätten. Die Aufnahme ausländischen Kapitals durch die deutsche Wirtschaft sei solange kein Nachteil als die Wirtschaft dadurch neue Werte schaffen und eigenes Kapital ansammeln könne, solange eine gewisse Grenze nicht überschritten werde. Richtlinien, die eine weitere Aufnahme von Auslandskapital unmöglich machen würden, seien verhängnisvoll. Es könne natürlich keine Rede davon sein, daß etwa die süddeutsche Wirtschaft gegen die süddeutschen Staaten einseitig in der Aufnahme von Anleihen beschränkt würden. Nur durch die Steigerung unserer Ausfuhr könnten wir allmählich die Auslandsverschuldung wieder abtragen. Die bayerische Wirtschaft habe ebenfalls am Aufschwung der Konjunktur teilgenommen. Es wäre aber ein schwerer Fehler zu glauben, daß sich die bayerische Wirtschaft in der Gesundung befinde. Es handele sich vielmehr um eine Augenblickskonjunktur. Zu bedauern sei, daß die Frage der deutschen Valuta vielfach so leichtfertig und oberflächlich behandelt werde. Die deutsche Mark habe den besten und höchsten Stand. Die Inflationsgefahr würde verwechselt mit einer anderen Gefahr: es werde vielfach Inflation genannt, was in Wirklichkeit bloß Teuerung sei. Im Interesse der Wirtschaft müßte man endlich davon ablassen, das Gespenst der Inflation an die Wand zu malen. Ausführlich sprach der Ministerpräsident hierauf über den Steuerdruck. Er erklärte dabei, daß unser Steuersystem verbesserungsbedürftig sei und betonte, daß bei den ins übermächtige gestiegenen Leistungen des Staates an einen weitgehenden Abbau der Steuern in absehbarer Zeit nicht gedacht werden könnte. Man müßte hier an das Finanzverhältnis zwischen Reich und Ländern und den ganz unmöglichen Finanzausgleich für Bayern denken. Deshalb sollte auch die Wirtschaft mithelfen, für Bayern einen ordentlichen Finanzausgleich zu erzielen, während sich in Wirklichkeit ein großer Teil der Wirtschaft auf die andere Seite gestellt habe. Wenn die Zentralisation der Verwaltung mit dem Einheitsstaat käme, dann würde der Katzenjammer sehr groß sein. Zum Schluß erklärte Dr. Held, es müsse von Staatswegen dafür gesorgt werden, daß die Wirtschaft zwar nicht der Diktator, aber eine kräftige Stütze für den Staat werde auf dem Wege zu einer besseren deutschen Zukunft.

Aus der Stadt.

Münster, 17. November.

+ **Aus der evangelischen Gemeinde.** Donnerstag, den 17 dieses Monats, abends 8¼ Uhr, hält Pfarrer Grober aus Braunau (Tschechoslowakei) in der Erlöserkirche einen Vortrag über das Thema: „Was ich während meiner 17jährigen Auslandsarbeit erlebte". Die Gemeinde wird hierzu herzlich eingeladen.

+ **Noch gut abgelaufen.** Am Dienstag morgen wollte auf dem Ludgerieplatz ein Radfahrer, der aus der Promenade kam, einem aus der Richtung Hammer Straße kommenden Fuhrwerk ausweichen und die Fahrbahn überqueren. Dabei nahm der Radfahrer die Kurve zu groß, geriet durch den Straßenschmutz ins Gleiten und fiel mit seinem Rade vor das Gespann. Da der Fuhrmann aber die Pferde nicht frühzeitig genug anhalten konnte, gingen diese über den Gestürzten hinweg. Zum Glück aber nahmen ihn die Pferde genau zwischen sich, so daß weder Radfahrer noch Rad besonderen Schaden nahm.

§ **Neue Baugenehmigungen in der Stadt Münster.** Seit Anfang November wurden in der Stadt Münster u. a. folgende weitere Baugenehmigungen erteilt: (Die in Klammern beigefügten Namen bezeichnen den jeweiligen Baufachverständigen.) Größere Bauten: W. Zeug, projektierte Straße 8, Wohnhaus mit zwei Wohnungen (Zeug). Kleinwohnungen: Pellmann, Kriegermeg 18, Zweifamilienhaus mit Stall (Klapproth); Anton Klönne, Breiter Weg 15, Wohnhaus mit zwei Wohnungen und Stallgebäude (Gebrüder Bröker, Hiltrup).

○ **25 Jahre christliche Arbeitnehmer des Bekleidungsgewerbes.**

Der christliche Schneiderverband (Arbeitnehmer des Bekleidungsgewerbes) feierte am 12. November im großen Saale des Gertrudenhofes sein 25jähriges Bestehen. Im stimmungsvoll dekorierten Saal hatten sich die Mitglieder mit ihren Damen recht zahlreich eingefunden. Ein jugendliches Mitglied sprach einen stimmungsvollen Prolog. Nach herzlichen Begrüßungsworten des Festleiters überbrachte Stadtrat Müller im Namen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuß Münster sowie der wirtschaftlichen Einrichtungen der Bewegung, als da sind: Deutsche Volksbank, Baugewerkschaft, Bekleidungsstelle, GDG B. Konsumverein usw. dem Verbande und den drei Jubilaren die herzlichsten Glück- und Segenswünsche. Er hob besonders hervor, daß die Gründer des Verbandes die Gründung nicht nur vorgenommen hätten, um den einzelnen in Arbeit stehenden Berufskollegen besseren Lohn und menschenwürdigere Arbeitsbedingungen zu sichern, sondern daß diese Arbeit ganz besonders im Interesse der Familien und des ganzen Standes geleistet worden wäre. Die tiefere Ursache der Gründung der christlichen Organisation läge in der Tatsache, daß man sich seine christliche Überzeugung von den bestehenden sozialistischen Verbänden nicht habe rauben lassen wollen. Das Beispiel der Jubilare, die 25 Jahre treu ihre steinige Arbeit im Dienste des Standes geleistet hätten, müßten vor allem der Jugend Ansporn sein, das geschaffene Erbe würdig weiter zu verwalten, um das Ziel zu erreichen, daß beim goldenen Jubelfest alle im Bekleidungsgewerbe ihre Existenz findenden Berufsangehörigen auch Mitglieder des christlichen Verbandes der Arbeitnehmer des Bekleidungsgewerbes seien.

Anschließend daran begrüßte Arbeitnehmersekretär Stegemann im Auftrage der katholischen Arbeitervereine die Ortsgruppe und die Jubilare und betonte vor allem das innige Verhältnis, das zwischen beiden Zweigen der christlichen Arbeiterbewegung, Arbeitervereine und Gewerkschaften, bestehe. Was die Gewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiete seien, seien die konfessionellen Vereine auf kulturellem Gebiet Verfechter der christlichen Idee und der einzelnen Religionsgesellschaften.

Der Zentralvorsitzende **Schwarzmann** aus Köln hielt die Festrede, in der er einen Rückblick warf auf die Kämpfe und Widerstände, die sich dem Jubelverbande in seiner 25jährigen Entwicklung überall entgegengestellt hätten. Er zeichnete sodann die Verhältnisse im Beruf wie sie ohne Organisation früher gewesen sind und wie sie heute liegen, da durch den Abschluß von Tarifverträgen ein erheblicher Teil der Unsicherheit im Arbeitsverhältnis beseitigt ist. Er begrüßte dann besonders herzlich die drei Jubilare im Verbande, den jetzigen Vorsitzenden Herrn B. Bücker, Herrn Franz Großekracht, sowie Herrn Heinrich Lücking und überreichte ihnen eine kunstvolle Ehrenurkunde für ihre 25jährige Tätigkeit in leitender Stelle der Organisation. Auch die Ortsgruppe Münster hat es sich nicht nehmen lassen, den drei Jubilaren eine besondere Ehrung dadurch zu erweisen, daß sie jedem ein Diplom überreichte. Herr Schwarzmann schloß seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen mit einem Appell an die Frauen der Mitglieder mit der Bitte, die Bestrebungen des Verbandes auch als Frauen kräftig zu unterstützen.

Der gemütliche Teil wurde belebt durch gut gelungene humoristischen Vorträge des Herrn Peschkamp. Von 11 Uhr ab wurde dem Tanzbedürfnis der Festteilnehmer Rechnung getragen, und so verlief die 25jährige Jubelfeier in schönster Eintracht und Harmonie. Sicherlich dem christlichen Schneiderverbande eine Stärkung nach den verschiedensten Seiten hin bringen.

Aus der Provinz Westfalen.

+ **Haltern**, 15. Nov. (Ein größerer Bahndiebstahl) wurde auf der hiesigen Station ausgeführt. Eine Wagenladung mit Zigaretten die für Bochum bestimmt war, blieb von Samstag abend bis Montag früh auf dem Rangierbahnhof stehen. Während dieser Zeit war der Wagen erbrochen und ein größerer Teil der Ware geraubt worden. In den anliegenden Weiden an der Lippe wurden von Ermittelungsbeamten des Eisenbahnsicherheitsdienstes Spuren aufgenommen. Auch ein Polizeihund wurde angesetzt. Die Spur führte nach der Recklinghäuser Straße.

Vermischtes.

* + **Die Pittsburger Katastrophe.** London, 15. Nov. Der durch die Pittsburger Explosion angerichtete Schaden wird nach Meldungen aus Newyork auf über 20 Millionen Mark geschätzt. Unter den 27 Toten befinden sich alle 13 Arbeiter, die zur Zeit der Katastrophe mit Reparaturarbeiten an dem Gasbehälter beschäftigt waren. In den Krankenhäusern sind 485 Personen in Behandlung, von denen namentlich zahlreiche Schulkinder zum Teil schwer verstümmelt sind. Der leitende Direktor der Gaskompagnie erklärte, daß einer der beiden großen Gasbehälter leer war und im Innern dieses Tanks Reparaturen ausgeführt wurden. Er nehme an, daß von dem vollen Behälter, der durch Röhren mit dem anderen leeren Behälter verbunden war, Gas übergeströmt sei.

Luftfahrt.

Start zum Langstreckenflug England—Indien.

tu **London**, 15. Nov. Kapitän Mac Intosh und Mister Bert Hinkler sind heute mittag um 13,10 Uhr vom Flugplatz Upavon mit ihrem Fokker-Eindecker „Prinzeß Xenia" zum Fluge nach Karachi in Indien aufgestiegen. Sie wollen den Langstreckenweltrekord brechen und als erste Flieger die Strecke England—Indien in ununterbrochenem Fluge zurücklegen. Bei erfolgreichem Verlauf des Fluges beabsichtigen sie in zwei weiteren Etappen von Indien nach Australien weiterzufliegen. Die Prinzeß Xenia führt 800 Gallonen Betriebsstoff mit sich und ist mit einer luftgekühlten Jupitermaschine ausgerüstet. Die Wetterbedingungen sind günstig, doch erwarten die Flieger über verschiedenen Teilen Europas Regen und Schnee.

Schach.

Die 29. Schachpartie Aljechin—Capablanca abgebrochen.

Buenos-Aires, 15. Nov. Die 29. Partie im Kampf um die Schachweltmeisterschaft zwischen Aljechin—Capablanca wurde nach 40 Zügen abgebrochen.

Rechtsprechung.

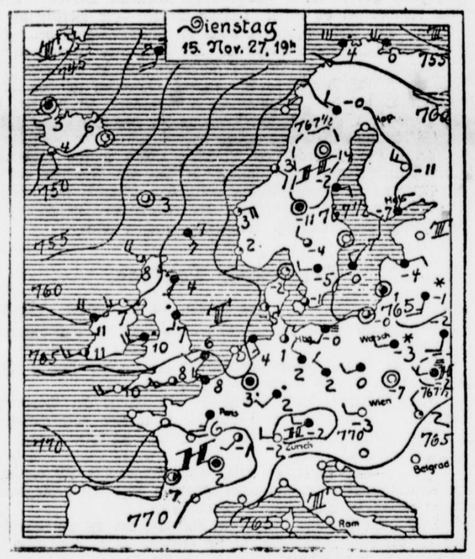
Ein Fuchs im Eisen.

(Nachdruck verboten.)

Als der Förster K. eines Tages durch sein Revier in der Gegend von Brandenburg a. H. ging, bemerkte er, wie zwei Männer E. und H. in seinem Revier damit beschäftigt waren, Kaninchen zu fangen, auch stellte er fest, daß H. einen Fuchs totgeschlagen und sich angeeignet hatte, der sich in einem Fangeisen mit einem Lauf gefangen hatte, das der Förster an einer Kette nebst Anker befestigt hatte. H. wurde nicht nur wegen unbefugten Kaninchenfangs, sondern auch wegen Diebstahls im Rückfall vom Amtsgericht in Brandenburg als auch von der Strafkammer in Potsdam verurteilt. Es wurde angenommen, daß der Fuchs keine herrenlose Sache gewesen und in das Eigentum des Jagdberechtigten übergegangen sei, obwohl sich Füchse, wenn sie zirka 48 Stunden sich im Fangeisen befinden, zu befreien pflegen. Der Fuchs sei eine fremde bewegliche Sache im Sinne der Paragraphen 242—244 des Strafgesetzbuchs, die sich H. unberechtigt angeeignet habe. Der 1. Strafsenat des Kammergerichts verwarf die von H. eingelegte Revision soweit H. wegen unbefugten Kaninchenfangs verurteilt war, gab aber der Revision insoweit statt, als H. wegen Diebstahl im Rückfall verurteilt worden war, und wies die Sache an das Landgericht zurück, indem u. a. ausgeführt wurde, hinsichtlich des Fuchses hätte festgestellt werden müssen, daß H. sich bewußt war, oder mit der Möglichkeit rechnen konnte, daß das Fangeisen von dem Jagdberechtigten aufgestellt gewesen sei und daß sich der Fuchs nicht mehr habe aus der Falle befreien können und demnach in das Eigentum des Jagdberechtigten gelangt sei. Die Feststellung der Strafkammer erscheine in dieser Hinsicht bedenklich. Es müsse festgestellt werden, daß sich der Fuchs in einer Fangvorrichtung derart gefangen habe, daß er sich aus dieser Vorrichtung nicht mit eigener Kraft zu befreien vermochte. Von einer Besitznahme im gesetzlichen Sinne könne nicht gesprochen werden, wenn sich die Füchse aus solchen Fangvorrichtungen dadurch zu befreien pflegen, indem sie den Lauf aus dem Eisen herausziehen oder abbeißen. Ferner sei zu prüfen, ob der Fuchs nebst der Falle sich nicht in ein anderes Jagdgebiet habe flüchten können. In einem solchen Falle könne nicht davon gesprochen werden, daß sich der Fuchs in der Gewalt des Jagdberechtigten befunden habe. (1. S. 707/27.)

Wetterdienst des Münsterischen Anzeigers

verantwortlich bearbeitet von Walter Lammert, Münster.



Allgemeine Wetterlage Mittwoch mittag.

Die Hochdruck- und Kaltlage zerfällt mehr und mehr, es nahen vom Ozean warme Luftmassen in Gestalt von Westwinden heran, die die höheren Schichten der Atmosphäre bereits vollkommen überschwemmt haben und nunmehr auch die Bodenluftschichten angreifen. Parallel damit geht ein Zerfall der Hochdrucklage und in der Temperatur vollzieht sich eine Umgestaltung zur Warmwetterlage. Die Witterung selbst bleibt vorläufig noch echt novemberhaft, charakterisiert durch die starke Neigung zu Trübung, Nebel oder nebligen Niederschlägen, tritt wirklich mal Aufheiterung ein, so ist mit längerem Anhalten derselben keinesfalls zu rechnen. — Kaltezonen befinden sich noch in Süddeutschland (bis —3 Grad C.), in Ostdeutschland (bis —7 Grad C.) und über dem großen skandinavisch-estländisch-littauischen Gebiet mit —5 bis —11 Grad C., England, das bekanntlich Anfang voriger Woche außerordentlich kaltes Wetter meldete, erfreut sich wieder einer Frühlingswärme bis 13 Grad.

Aussichten für Donnerstag.

Weitere Wärmezunahme, desgleichen Fortdauer des meist trüb-nebligen, teils regnerischen Wetters.

Wetterlage Münster, Mittwoch, 16 November, 12 Uhr mittags.

Temperatur im Schatten: 6,8 Grad C., höchste von gestern: 5,1 Grad C., tiefste der Nacht: 5,2 Grad C., Bodenwindrichtung: WSW. Stärke 1. Stundengeschwindigkeit: 6 Kilometer gleich 1,7 SM. bzw. 1 Kilogramm Winddruck auf 1 Quadratmeter Fläche. Höhenwinde: westlich. Witterung: bewölkt und neblig-feucht. Barometerstand 765,0 Millimeter. Tendenz: ruhig. Niederschlagsergebnis: 0,8 Millimeter gleich 0,8 Liter Wasser auf 1 Quadratmeter Fläche. Sicht bis 2 Kilometer Luftlinie.

Hygrometerstände: Absolute Feuchtigkeit 15. November 14 Uhr: 3,6 Gr., 21 Uhr: 4,1 Gr., 16. November 7 Uhr: 5,4 Gr. Relative Feuchtigkeit 15. November 14 Uhr: 90 Prozent, 21 Uhr: 90 Prozent, 16. November 7 Uhr: 90 Prozent.

Die Alpen im Winterkleid

tu **Basel**, 15. Nov. Die Kältewelle in Süddeutschland und in den Alpen hält an. Das Hospiz auf dem St. Gotthard meldet heute 12 Grad Celsius unter Null und eine Schneedecke von 40 Zentimetern Höhe. Auch St. Moritz meldet große Kälte.

Wo bebt die Erde? — Wieder Erdstöße registriert.

tu **Kowno**, 15. Nov. Aus Leningrad wird gemeldet, daß die Akademie der Wissenschaften neue Erd

Staat und Volk.

Vortrag im deutschen katholischen Frauenbund.

+ **Münster, 16 November.**

Staat und Volk, so hieß das Thema, über welches am Dienstag abend Privatdozent Dr. Tischleder zu einer aufmerksamen Zuhörerschaft sprach. Entsprechend dem Gesamttitel der ganzen Vortragsreihe: „Gegenwartsfragen im Lichte katholischer Weltanschauung" behandelte der Redner den Stoff vom Standpunkt der organischen Staatslehre, wie sie von großen Persönlichkeiten wie Thomas von Aquin Papst Leo XIII. und Bischof v. Ketteler gestaltet ist.

Dr. Tischleder verglich den Staat mit einem lebenden Organismus und unterstrich den Gedanken, daß die Frau als Trägerin und Gebärerin des Lebens auch dem Staatsleben besonders verbunden sein müsse. Das Vaterland ist eine Leben zeugende Macht Es darf von seinen Gliedern Pietät, Liebe und Gehorsam fordern. Schon der heilige Thomas hat es ausgesprochen, daß Gott überall die erste Stelle gebührt, den Eltern aber, zugleich mit dem Vaterlande, die zweite Stelle. Die Begriffe Vaterland und Staat sind in unserer Zeit gleichbedeutend. Volk und Staat sind eine untrennbare Einheit. Im Volk treten die einzelnen Individuen zu einem höheren, nämlich dem Staat, zusammen. So darf der Staat folgerichtig nicht als ein Fremdkörper, als eine Macht, die man widerwillig erträgt, empfunden werden. In unserer Zeit ist jedoch diese Einstellung zum Staat als etwas, was zum Eigenleben des Einzelnen gehört, noch nicht Allgemeingut aller Kreise unseres Volkes geworden, und daher ist es eine staatsbürgerliche und zugleich eminent sittliche Pflicht, den Staatsgedanken zum inneren Besitz des Volkes zu machen. Nicht durch irgendwelche Systeme, gleichviel ob nun Marxismus oder Liberalismus, kann unserem Volke der Segen einer hohen Staatsgesinnung zufließen, sondern nur durch eine allgemeine sittliche Gesinnungswandlung zur Volksgemeinschaft. Wird die Demokratie in diesem Sinne verstanden, so stellt sie höchste Anforderungen an alle Staatsbürger gleichviel ob Mann oder Frau. Die Pflicht steht in jeder Hinsicht im Vordergrund. Jede Entartung der Demokratie in einem pflichtvergessenen Egoismus des Einzelnen oder einzelner Volksschichten muß notwendig die Abwandlung zur Oligarchie oder die Monarchie zur Folge haben. Für das Volkswohl entscheidend ist nicht so sehr die Form der herrschenden Gesetze, als vielmehr der Wert der Menschen, die Träger des Staates sind. Wenn unser deutsches Volk bisher die Demokratie nicht voll als gut empfand, so liegt es daran, daß es als Ganzes betrachtet, noch nicht reif für diese Staatsform war. Es bleibt ihm als hohe Aufgabe, ihrer würdig zu werden. An dieser Aufgabe haben auch die Frauen einen großen Anteil, denn wie überall, so steht auch hier gegenüber dem Recht zur politischen Arbeit die Pflicht zur tätigen Mitarbeit am öffentlichen Leben.

Untrennbar von dem Begriff des Staates ist die Staatsgewalt. Sie ist gewissermaßen die Seele des staatlichen Organismus. Niemals kann sie zu Recht Eigentum eines Einzelnen, auch nicht des Monarchen sein Vielmehr wird sie stets vom Ganzen getragen. Die Selbstbestimmungsmacht des Staates legt dem Einzelnen große Verantwortung auf. Peter Spahn hat dies in folgende Worte gekleidet: „Die Staatsgewalt wurzelt in dem sittlichen Menschen." Sie ist von Gott gewollt und geht von Gott aus. Ähnlich wie die Eltern Mitursache für die Schaffung der kindlichen Seele sind, so ist das Volk Mitursache wenn Gott die Staatsgewalt als Seele des staatlichen Organismus schafft. Die menschliche Freiheit ist auch hier nicht ausgeschlossen. Wie die Seele von den Gliedern des menschlichen Leibes Dienstbarkeit erwarten muß, so muß auch der Staatsgewalt seitens des Volkes Gehorsam entgegengebracht werden. Ein solcher Gehorsam bezeugt ein gesundes Staatsleben.

Ist die Staatsgewalt immer von Gott als letzter Ursache ausgehend, so ist die Staatsreform relativ, den Menschen und der Zeit unterworfen. Rechtsformen, in ihrem Ursprung segensreich, können, wenn sie im Wandel der Zeit ihren geistigen Gehalt einbüßen, zur Geißel des Volkes werden. Werden sie auch dann noch beibehalten, so führt das zu lügenhaftem Legitimismus, der schädlicher ist, als eine von sittlicher Verantwortung getragene Revolution. Nach katholischer Auffassung ist das Gemeinwohl höchstes Recht, im Gegensatz hierzu steht der Kollektivegoismus bestimmter Volksgruppen Das Staatswohl darf nicht dem Fürsten (Führer) geopfert werden. Schon Friedrich der Große spricht es aus, daß der Fürst des Staates wegen da sein. Dieser Satz gilt auch auf die Demokratie.

Der Zweck des Staates, der die erhaltende Grundlage der Gemeinschaft ist, muß in dem Gemeinwohl erkannt werden. Dieses ist der höchste Souverän im staatlichen Bereich. Das Gemeinwohl macht Änderungen der Staatsform zur Pflicht, wenn anders das Wohl des Volkes nicht zu erreichen oder zu erhalten ist. Der Staatszweck hat somit fast schöpferische Kraft, er kann unlegitime Staatsformen legitimieren Wird der Zweck des Staates so aufgefaßt, so kann eine Herrschaft einzelner Stände und Ausbeutung und Unterdrückung anderer niemals eintreten. Ohne Pflicht kann es keine Gewalt geben, niemand darf herrschen ohne zugleich zu dienen. Es ist unrecht, nur für einen Teil des Volkes den Staatszweck der Wohlfahrt zu betätigen. Unser sozial verpflichteter Gegenwartsstaats der für das Wohlergehen aller sorgen muß, kann auf die Mitarbeit der Frau keinesfalls verzichten. Der Redner schloß seine interessanten Ausführungen mit dem Hinweis auf die heilige Elisabeth, die er seinen Zuhörerinnen als ein leuchtendes Beispiel der sozial und karitativ wirkenden Frau vorstellte. E. v. T.

Aus der Stadt.

Münster, 17. November.

☆ **Aus dem Regierungsamtsblatt.** Der Oberschullehrer Dr. Wilhelm Rothstein ist rückwirkend vom 1. April 1927 zum Studienrat an der Freiherr vom Stein-Schule in Münster ernannt worden. Der Studienassessor Theodor von Rinteln ist mit Wirkung vom 1. April 1927 ab zum Studienrat an dem städtischen Gymnasium in Dülmen ernannt worden. Der Privatdozent Dr. Heinrich Behnke in Hamburg ist mit Wirkung vom 1. Oktober dieses Jahres ab zum o. ö. Professor in der Philosophischen und Naturwissenschaftlichen Fakultät (Mathematik) der Westfälischen Wilhelms-Universität ernannt worden.

+ **Ausbildung der Referendare bei den Jugendgerichten.** Im Bezirk eines Oberlandesgerichts ist vorgesehen, daß die Richter des Jugendgerichts die ihnen zur Ausbildung überwiesenen Referendare gelegentlich zu Sitzungen des Jugendamts mitnehmen und sie veranlassen, besonders erfahrene Jugendpfleger im Außendienst zu begleiten. Dadurch wird den Referendaren erwünschte Gelegenheit geboten, Einblick in die Verhältnisse aller Volksschichten zu gewinnen und neben ihren juristischen Fähigkeiten auch ihr soziales Verständnis fortzubilden. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, empfiehlt der Justizminister in einer Allgemeinen Verfügung (J. 7964) dieses Verfahren allgemein zur Nachahmung.

+ **Die Gesangsabteilung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten** erfreute am Sonntag die Kranken des neuen St. Franziskus-Krankenhauses durch ein wohlgelungenes Ständchen. Unter Leitung ihres Dirigenten Anton Winter brachte die Sängerschar „Das deutsche Lied", „Wias daheim war", „Gretula", „Hinein in die blühende Welt" und „Liebe und Wein" exakt zum Vortrag. Die Kranken dankten durch reichen Beifall für die schönen Liederspenden und die fröhliche Stunde.

⊕ **Zweiter Vortrag im Provinzialverein für Wissenschaft und Kunst.**

Hofrat E. W. Pfitzenmayer, langjähriger Kustos an den zoopaläontologischen Museen in St. Petersburg und Tiflis, hat im Auftrage der russischen Akademie der Wissenschaft an zwei Expeditionen teilgenommen deren Aufgabe es war, in Nordostsibirien neu entdeckte Mammutkadaver auszugraben und zu bergen. Er ist der einzige noch lebende Europäer, der an diesen Expeditionen teilgenommen hat. Der Krieg und schließlich Internierung in russischen Gefängnissen verhinderten Pfitzenmayer bisher, seine Erlebnisse niederzuschreiben und einem größeren Kreis zugänglich zu machen. Um so erfreulicher ist es, daß wir in Münster jetzt Gelegenheit haben werden, von diesen Entdeckungen, und Erlebnissen Kunde zu erhalten durch den Vortrag, für den ihn der Westfälische Provinzialverein für Wissenschaft und Kunst gewann. Pfitzenmayer hielt sich reichlich anderthalb Jahre im fernsten Nordost-Sibirien auf Er lernte dabei eine nordische Landschaft von ungeahnter Schönheit und Großartigkeit lieben. Er kommt in engste Fühlung mit den Einwohnern des Landes, Jakuten, Tungusen und Lamuten, jenen Stämmen, die nur äußerlich Christen sind. Pfitzenmayer erhielt nach vielem Widerstreben die Erlaubnis, einer Schamanenbeschwörung bei einer Jakutenhochzeit beizuwohnen, die in Verbindung mit dem berühmten Kumysfest gefeiert wird. Mehrfach sind auch die Verührungen mit den politischen Verbannten, die bis zum Sturz der Zarenherrschaft ins Jakutskgebiet verschickt wurden. Die Ausgrabung und Bergung der Mammute, die seit 25 000 Jahren im Diluvialeis gelegen hatten, und die genaue Beschreibung der einzelnen Fundstücke wird über den engeren Kreis der Paläontologen hinaus allgemein interessieren. Die Technik der Ausgrabungen und die vorläufige Konservierung ist vollkommen verschieden von der bei anderen Ausgrabungen üblichen. Pfitzenmayer hat auf Grund eingehender Studien eine neue Mammutrekonstruktion geschaffen, die das Bild dieses Diluvialtieres zeigt, wie wir es uns auf Grund des Standes der heutigen Forschung vorzustellen haben. Pfitzenmayer ist Jäger mit Leib und Seele, und seine beiden Expeditionen und der Aufenthalt an den Fundstätten gaben ihm reichlich Gelegenheit zur Jagd auf Edelfalken und Adler, Schneehühner, Auerhühner, Gänse und Schwäne, Bergschaf und wilde Renntiere, Polarfuchs und Wolf Er entdeckte im fernen, wenig erforschten Jakutsgebiet eine neue, jetzt wissenschaftlich beschriebene und ihm zu Ehren benannte Elchrasse.

Aus den Provinzen.

☆ **Paderborn, 14 Nov.** (Der Dieb auf dem Domdach.) Seit einigen Wochen wird am Dom an der Kupferbedachung gearbeitet Schon vor einigen Tagen ist festgestellt worden, daß vom Dach des Domes Kupferplatten gestohlen worden sind. Gester abend nun hörten Polizeibeamte auf dem Dache der Domkirche ein auffälliges Knistern. Darauf leuchteten sie mit einer Laterne das Dach ab und gewahrten dort einen jungen Mann, der damit beschäftigt war, Kupferplotten vom Dach zu lösen. Nach Abgabe eines Schreckschusses stellte sich der Übeltäter den Polizeibeamten. Es handelt sich um einen jungen Mann im Alter von 19 Jahren, auf dessen Konto auch der vor kurzem begangene Kupferplattendiebstahl kommen dürfte Er gibt etwa ein Dutzend Einbrüche zu, u. a. Gymnasium, Leokonvikt, Gesellenhaus und Volkshalle. Das beim Kupferplattendiebstahl benutzte Handwerkszeug hat er vorher vom Turm der Jesuitenkirche, als dort Reparaturen vorgenommen wurden, gestohlen.

☆ **Haselünne,** 15. Nov. (Zwei Ferkel mit Singen verdient.) Es ist auf dem Lande vielfach ein geläufiger Ausspruch, daß man sich irgend etwas „mit Singen verdienen" kann, wenn der Preis des Artikels ganz besonders niedrig ist. Dieser Ausspruch bezieht sich besonders auf Märkte. Fragt jemand einen Bekannten, der zum Markt gewesen ist und Ferkel verkaufen wollte, wie sich der Preis stellte, so hört er nicht selten, und gerade in dieser Zeit der niedrigen Ferkelpreise: „Du häß'n Fiärken met't Singen verdeinen kannt." So erging es auch einem Bauersmann von hier, der einen ihm begegnenden Viehhändler nach dem Preise der Ferkel fragte. Es wurde ihm kurz die Antwort zuteil: „Wenn du van Aobend in de Wirtschaft singst, kriegst du twee Fiärken ümsüß." Gesagt, getan. Am folgenden Abend trafen sich die beiden in der Wirtschaft, und der Bauersmann sang das Lied vom Kameraden, das Deutschlandlied und noch einige andere Lieder. Am folgenden Tage wurde ihm der Lohn zuteil. Er holte von dem Händler zwei Ferkel im Gewicht von 15 und 17 Pfund, die ihm „gratis und franko" ausgehändigt wurden. Diesmal ist also der Ausspruch in die Tat umgesetzt worden.

○ **Essen,** 14 Nov. (Die Verkehrsdisziplin muß gehoben werden.) Bei einer von privatinteressierten Kreisen veranstalteten Instruktionsrundfahrt in Essen, Bochum und Dortmund wurden erschreckende Zahlen über Mangel an Verkehrsdisziplin ermittelt. Man zählte in je einstündiger Fahrt in den drei Städten zusammen: falschfahrende Gefährte 163, falsch ausweichende 17, zu spät ausweichende 46, Kutscher, ohne Straßenübersicht zu haben 23, schlafende 3, Geschirre ohne Aufsicht, nicht abgedrängt 96. Wagen ohne Namensschilder 31, unbeleuchtete Wagen 123. Radfahrer ohne Licht 303 (!) Es darf füglich bezweifelt werden, ob auch nur ein Viertel dieser strafsälligen Fahrer „erwischt" worden sind, da nicht in jeder Nebenstraße ein Schupomann stehen kann Jedenfalls sind diese Zahlen ungeheuerlich hoch und man braucht sich über die Menge der Verkehrsunfälle nicht zu wundern.

+ **Koblenz,** 14. Nov. (Drei Kinder bei einem Brande schwer verletzt.) Auf einem freien Baugelände der Löhrstraße spielte eine größere Anzahl Kinder in einer hölzernen Baubude „Kino" Plötzlich ging der Apparat in Flammen auf, die sofort den Holzschuppen in Brand setzten, dessen Dach zum Schutz gegen die Kälte mit Stroh bedeckt war. Auf das Geschrei eilten Passanten herbei, die mit Hilfe von mehreren Feuerlöschapparaten den Brand löschten, bevor die Feuerwehr eintraf. Drei Knaben wurden schwer verletzt.

Aus der Elektrizitätswirtschaft Westfalens und Hannovers. Große Fernleitungspläne.

⊕ **Osnabrück,** 15. Nov. Zum Bau einer Hochspannungsleitung von 220 000 Volt von Osnabrück über Bielefeld nach Paderborn wurde das Enteignungsrecht erteilt. Wie wir erfahren, handelt es sich dabei um das Projekt der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitäts-Werke, die bereits Ende vorigen Jahres den diesbezüglichen Antrag stellten. Die R. W. E wollen nach den bisherigen bekannt gewordenen Einzelheiten eine Hochspannungsleitung von Harbke nach Bielefeld und von dort nach Osnabrück und Paderborn bauen. Ferner ist bereits früher das Enteignungsrecht für den Bau einer 110 000-Volt-Leitung von den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen bei Hamm über Bielefeld und Herford nach Hannover verliehen worden. Dieser Antrag auf Enteignung war von dem Großkraftwerk Hannover und den genannten Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen gestellt worden. Gegen dieses Projekt hatten die Elektrizitätswerke Braunschweigische Kohle in Braunschweig und das auch für die Versorgung Minden—Ravensbergs in Frage kommende Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk, die sich beide benachteiligt fühlen, Einspruch erhoben, der aber vom Handelsminister zurückgewiesen wurde, der in seiner Begründung die von den beiden Werken an die Genehmigung des Antrages geknüpften Befürchtungen nicht teilte. Die beiden antragstellenden Werke hatten sich verpflichtet, Strom in den von anderen Werken versorgten Gebieten nicht abzusetzen ohne Genehmigung dieser Werke. Die Verleihung des Enteignungsrechtes sei nicht gleichbedeutend mit der Erlaubnis zur Anlage von Verteilungsleitungen. Der Bau der Überlandleitung Hamm—Bielefeld—Hannover diene nur dem Zwecke einer Kupplungsleitung.

Neue Schiffskatastrophen.

Mit Mann und Maus untergegangen.

100 Personen ertrunken.

tu **London, 16. Nov Während des Sturmes an der indischen Nordwestküste ist der Dampfer „Jayanti", der am Samstag Bombay mit 100 Personen an Bord verließ, gesunken. Zwei Schiffe sind ausgesandt worden um nach dem Dampfer zu forschen, haben nun aber berichtet, daß nicht mehr die geringste Spur zu finden ist. Man nimmt an, daß das Schiff mit Mann und Maus unterging.**

Ein französischer 300-Tonnen-Dampfer gesunken.

tu **London, 16. Nov. Während eines Sturmes an der algerischen Küste ist ein 300 Tonnen großer französischer Dampfer untergegangen. Die 16 Mann starke Besatzung ist ertrunken.**

Schwerer Schiffsunfall auf der Newa

tu **Kowno, 15. Nov. Wie aus Moskau gemeldet wird, sind auf der Newa unweit von Leningrad zwei Schiffe zusammengestoßen. Von den an Bord befindlichen 300 Arbeitern sind bisher 205 geborgen worden. Die Zahl der Todesopfer ist noch nicht festzustellen.**

*

Zum Untergang des Küstendampfers „Tuaran".

über den wir bereits in Nr. 1178 des M. A. berichteten, verbreitet Havas noch folgende Einzelheiten:

Wie aus Bombay gemeldet wird, sank das Schiff innerhalb drei Minuten. Der zur Rettung der Schiffbrüchigen entsandte Dampfer der gleichen Gesellschaft konnte 16 Überlebende an Bord nehmen. Zahlreiche Leichen, darunter die des Kapitäns wurden geborgen. Die Zahl der Toten und Vermißten wird jetzt mit 118 angegeben.

Viertägiger Brand an Bord eines Schiffes.

tu **London,** 16. Nov. Auf dem Dampfer „Tynebridge", der gestern aus England in Adelaide eintraf, wütete ein Feuer in den Kohlenbunkern, das erst nach viertägigen Anstrengungen gelöscht werden konnte. Der Dampfer führte eine große Ladung Öl und anderen leicht brennbaren Materials an Bord. Durch das Feuer sind 600 Zentner Kohlen vernichtet worden.

Aufgaben der Luftfahrt.

tu **Berlin, 14. Nov. (Tel.)** Im Reichsklub der Deutschen Volkspartei sprach am 14. November der Leiter der Luftfahrtabteilung im Reichsverkehrsministerium, Ministerialrat Brandenburg, über die „Probleme der Deutschen Luftfahrt". Der Redner ging dabei auch an den Streitfragen, die heute im Mittelpunkt des Interesses stehen, nicht vorüber.

Die Zivilluftfahrt, mit der Deutschland sich allein befasse, sei ihrem Wesen nach international, da insbesondere der Luftverkehr grenzenfremd ist. Deutschland arbeite in seiner Organisation mit den meisten anderen Völkern auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zusammen. Zur Frage des Beitritts zum Pariser Luftfahrtabkommen von 1919 (CINA) erwähnte der Vortragende die Äußerung des Italieners Gannini: „Es sei aus dem Geist von Versailles geboren". Deutschland sei bereit, in einem Weltluftverein auf neutraler Grundlage mitzuarbeiten, falls die zu seinen Ungunsten noch bestehenden Diskriminationen aufgehoben würden. Zur Zeit bestehe für unsere Zivilluftfahrt noch keine Gleichberechtigung für das Fliegen im besetzten Gebiet, die Ausbildung von Sportfliegern und den Bau gewisser Flugzeugmuster. Diese Einschränkungen, zu denen auch die Pflicht zur Listenführung gehöre, haben durch die Pariser Luftfahrtvereinbarungen vom Mai 1926 noch nicht beseitigt werden können.

In der inneren Gestaltung unserer Luftfahrt sei nach langen Verhandlungen eine Einigung zwischen Reich und Ländern über die Ausführungsbestimmungen zum Luftverkehrsgesetz erzielt worden. Die vielumstrittene Frage der Subventionen für den Luftverkehr würde von ihren Kritikern meist nicht genügend unter dem Gesichtspunkt der Zukunftspolitik, der verkehrstechnischen Entwicklung, des wirtschaftlichen Wettbewerbs mit anderen Ländern und der deutschen Luftgeltung betrachtet. Der Ozeanluftverkehr habe die Öffentlichkeit mehr erregt, als durch den zweifelhaften Erfolg der bisherigen vorbereitenden Unternehmungen aller Länder gerechtfertigt ist. Um überhaupt zum Ziele zu gelangen, müsse man mit Rücksicht auf den Wind für Hin- und Herflug verschiedene Linien wählen und diese unter Umständen je nach Wetterlage ändern. Auf diesem Gebiet der Luftfahrt würde der Höhenwetterdienst besondere Wichtigkeit erlangen. Im übrigen war aus den Andeutungen des Redners zu entnehmen, daß im Flugwetterdienst infolge einer allzu verwickelten Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern doch noch unnötige Hemmungen bestehen.

Bei der vom Verkehr geforderten Vergrößerung der Flugzeuge zum Befördern vermehrter Nutzlasten oder zum Erhöhen der Flugweite zeige sich die schwierige Aufgabe, Großflugzeuge mit gleicher und womöglich verbesserter Wirtschaftlichkeit zu erzeugen. Die Selbstkosten des Luftverkehrs stellten uns noch für einige Zeit vor ein schweres Finanzierungsproblem. Damit es überhaupt gelöst werden könne, müßten die Reichsbeihilfen konzentriert bleiben. Insbesondere gehe es nicht an, die aussichtsreichen Übersee-Aufgaben im Zustande der Beihilfebedürftigkeit von der Deutschen Luft-Hansa abzutrennen.

Auch die Industrie, die Militärflugzeuge nicht einmal für die Ausfuhr bauen darf, sei auf Reichshilfe angewiesen; sie erhalte jedoch keine Subvention, sondern Aufträge auf Neuentwicklung und auf kleine Reihenlieferungen. Den Vorsprung des Auslandes auf dem Gebiete der Flugmotoren würden wir wieder einholen. Die Motorenfrage sei ausschlaggebend für die Sicherheit und Regelmäßigkeit im Luftverkehr. Für das Fliegen im Nebel müßten die Neigungsmesser und Ortsbestimmungsverfahren weiter entwickelt werden. Geeignete Vorrichtungen, das Landen auf einem vernebelten Platz zu sichern, fehlten leider noch. Wirtschaftlichkeit, Sicherheit und Nebelflug — seien die wichtigsten technischen Aufgaben.

Der Luftschiffbau, der durch die Begriffsbestimmungen allzu stark gehemmt war, rege sich wieder. Erfreulich sei, daß das deutsche Luftschiff, das in Friedrichshafen gebaut wird, im Auslande unbekannte technische Neuerungen aufweise. Das deutsche Volk habe es durch eine Spende gefördert. Möchten auch der Behörde Mittel zur Verfügung stehen, seine Vollendung zu beschleunigen.

Auch die Bodenorganisation mit Nachtbeleuchtung und Ortskennzeichnung erfordere große Mittel, während an den Flughafenanlagen das Reich in geringerem Maße beteiligt sei.

Die Ausbildung der Flugzeugführer dürfe „die öffentliche Hand" nur für Zwecke der gewerblichen Luftfahrt fördern; das geschehe in der Verkehrsfliegerschule wirtschaftlicher, zuverlässiger und einheitlicher, als wenn man die Schüler einzelnen Firmen zuweise Der Sportfliegerausbildung habe sich der Deutsche Luftfahrtverband angenommen. Diesem wie den übrigen Luftfahrtvereinen und der Presse dankte der Vortragende am Schluß seiner Ausführungen für ihre verständnisvolle Hilfe bei der wichtigsten Luftfahrtaufgabe: das deutsche Volk zu einer luftfahrenden Nation zu machen!

Vermischtes.

* **Sühne für eine Eifersuchtstat.** Berlin, 15. Nov. Einen neuartigen Grundsatz bei der Zuteilung einer Bewährungsfrist — der aber dem allgemeinen Rechtsempfinden entsprechen dürfte — stellte das Schöffengericht Tempelhof unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Fließ in einer Verhandlung auf, die sich gegen den Monteur Paul Köhler richtete. Köhler war wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt. Aus Eifersucht hatte er seine Braut durch Schnitte mit einem Rasiermesser derart zugerichtet, daß das bis dahin schöne junge Mädchen furchtbare Entstellungen für sein ganzes Leben davongetragen hat. Er hatte ihm in seiner Eifersucht nachts aufgelauert und war nach geschehener Tat davongelaufen. Die Revierpolizei hatte zunächst den Bruder des Messerhelden als vermeintlichen Täter festgenommen. Der Angeklagte hatte sich dann aber selbst gemeldet, war jedoch abgewiesen worden, weil man auf dem Revier annahm, daß er seinen Bruder decken wolle. Erst als er sich am nächsten Tage wieder stellte, wurde der Bruder entlassen. Der wirkliche Täter kam nun in Haft, wurde aber bald wieder entlassen, weil man infolge seiner hartnäckigen Selbstgestellung einen Fluchtverdacht nicht annahm. Vor Gericht zeigte der Angeklagte Reue über seine Tat. Das Schöffengericht war der Ansicht, daß der Angeklagte in Eifersuchtsraserei die Tat mit Vorbedacht verübt habe und verurteilte ihn zu 1 Jahre Gefängnis. In der Urteilsbegründung sprach der Richter aus, daß der Angeklagte dem jungen Mädchen gegenüber, dessen Heiratsaussichten sich durch die furchtbare Entstellung stark herabgemindert hätten, Verpflichtungen habe. Wenn er die Folgen auf sich nehmen wolle, werde ihm vom Gericht — in anbetracht seiner nachträglichen Reue — dreijährige Bewährungsfrist zugebilligt werden. — Also ins Gefängnis oder — zum Standesamt!

* **Ein Kind aus dem fahrenden Zuge gestürzt.** Bückeburg, 12. Nov. Auf der Strecke Hannover—Bielefeld—Köln, zwischen den Stationen Wunstorf und Lindhorst, ereignete sich gestern nachmittag gegen 5½ Uhr ein schwerer Unglücksfall. In einem Abteil 4. Klasse befand sich eine Frau mit drei kleinen Kindern, die aus dem Osten kamen und sich auf der Reise nach Lünen befanden, um den dort im Bergbau beschäftigten Vater der Kinder zu besuchen. Gleich hinter Wunstorf verließ die Mutter mit dem kleinsten Kinde das Abteil um die Toilette aufzusuchen. In ihrer Abwesenheit beschäftigte sich der sechsjährige Sohn der Frau an der Tür des Abteils. Plötzlich öffnete sich die Tür und der Junge stürzte kopfüber aus dem fahrenden Zug. Die Mitreisenden zogen sofort die Notbremse und brachten den Zug zum Halten. Der Junge wurde blutüberströmt mit schweren Gesichts- und Kopfverletzungen am Bahndamm aufgefunden Man nahm den Verletzten und seine Angehörigen bis nach Bückeburg mit, wo sie der Bahnhofsleitung übergeben wurden Zwei Ärzte gewährten dem bedauernswerten Knaben die erste Hilfe

* **Fünf Jahre Zuchthaus für einen Briefkastenmarder.** Frankfurt a M, 12 Nov. Vor dem Erweiterten Schöffengericht in Frankfurt am Main hatte sich der 23jährige Lagerist Otto Wilhelm wegen fortgesetzten schweren Diebstahls zu verantworten Der Angeklagte soll nach den Eröffnungsbeschluß in der Zeit vom November 1926 bis Oktober 1927 in allen Gegenden Frankfurts Postbriefkästen beraubt haben. Die Verhandlung fand wegen Gefährdung der Staatssicherheit unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit statt Auch die Presse wurde ausgeschlossen. Der Urteilstenor, der nach dem Gesetz in der Öffentlichkeit verkündet werden muß, lautet: Der Angeklagte wird wegen fortgesetzten schweren Diebstahls zu fünf Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und in die Kosten des Verfahrens verurteilt. Auch ist die die Zulässigkeit von Polizeiaufsicht ausgesprochen worden. — Dann wurde die Öffentlichkeit wieder ausgeschlossen und die Urteilsbegründung verkündet.

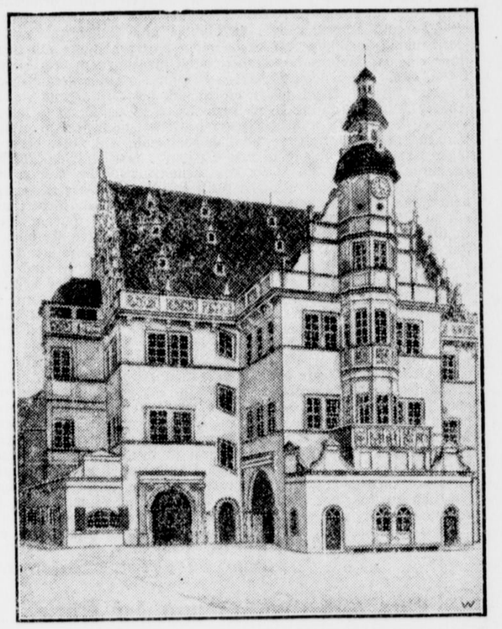
* **16 Scheunen eingeäschert.** Wörbach (Dillkreis), 14. Nov. Bei einem nachts gegen 12 Uhr auf noch ungeklärte Weise ausgebrochenen Schadenfeuer wurden 16 in einer Reihe stehende Scheunen vollständig eingeäschert. Mit Ausnahme der allerdings sehr großen Erntevorräte ist der Schaden durch Versicherung gedekt. Die abgebrannten Scheunen stellten den letzten Rest des alten Dorfes Hörbach dar das vor 20 Jahren durch einen Brand vernichtet und dann wieder neu aufgebaut wurde.

* + **Unterschlagungen eines Steuerbeamten.** München, 15. Nov Am Montagnachmittag hat sich der Polizei ein 33jähriger Steuerassistent eines Münchener Finanzamtes gestellt mit dem Geständnis, daß er seit Ende 1925 oder Anfang 1926 Steuergelder im Gesamtbetrage von 40 000 Mark veruntreut habe Er will das Geld zum Teil auf dem Rennplatz verspielt, zum Teil an Mädchen verschenkt haben Bei einer Haussuchung fand man kein Geld, wohl aber eine Reihe von Waren, die der ungetreue Beamte mit dem Gelde gekauft hatte

* **Verurteilung wegen Papiergeldfälschung.** Nürnberg, 14 Nov. Vom erweiterten Schoffengericht Nürnberg wurden der verheiratete Kaufmann Bruce in Ancho (Togoland) und der Kunstanstaltsbesitzer Herden in Nürnberg wegen Papiergeldfälschung verurteilt und zwar Brunce zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, und Herden zu 1½ Jahren Gefängnis Herden hatte im Frühjahr 100 000 Stück Zwanzigschillingnoten hergestellt, die Brunce an seine Angehörigen in Afrika zur Weiterverschleife verschickt hat.

* + **Eisenbahnunglück in Mähren.** Brünn, 16. Nov. Gestern abend fuhr der um 8,30 Uhr von Brünn abgegangene Eilzug bei der Station Schlapanitz auf einen rangierenden Güterzug auf. 17 Personen wurden verletzt, vier davon lebensgefährlich. Das Unglück ist auf falsche Signalstellung zurückzuführen.

* + **Eine Diebesbande in Paris dingfest gemacht.** Paris, 16.Nov. Die Pariser Polizei hat einer Diebesbande, die es hauptsächlich auf pharmazeutische Produkte abgesehen hatte, das Handwerk gelegt Die Bande wurde von einer 40jährigen Frau geleitet. Sie besaß einen regelrechten Verkaufsladen in der Stadt und zahlreiche Verkaufsagenten Als die Anführerin verhaftet wurde, erteilte sie gerade Aufträge an 14 Personen, die den Absatz der gestohlenen Apothekerwaren zu betreiben hatten. Aufgedeckt wurde die Affaire dadurch, daß Mitglieder der Bande dem Inhaber einer Apotheke dessen eigene Erzeugnisse zum Kauf anboten.



Das Rathaus in Schweinfurt.

Das Schweinfurter Rathaus von Nikolas Hofman, dem Erbauer des Rathauses zu Halle a. d. Saale, im deutschen Renaissancestil erbaut, ist eines der besten seiner Art. Malerisch und doch klar sind die Massen gegliedert. Vor der Mitte der Schauseite erhebt sich ein rechteckiger im Erdgeschoß in der Längsrichtung von einem Durchgang durchbrochener Vorbau, mit Altan und Erkertum.

Die Guthaben ehemaliger Kriegsgefangener

Die kürzlich in der Tagespresse verbreitete Notiz über die Regelung der Auszahlung der Kriegsgefangenen-Guthaben an Heimkehrer aus englischer und französischer Gefangenschaft, gab wegen einiger darin enthaltener irreführender Wendungen Anlaß zu einer Rundfrage bei der Restverwaltung für Reichsaufgaben. Diese teilt nunmehr der Arbeitsgemeinschaft der Vereinigungen ehemaliger Kriegsgefangener Deutschlands (Sitz: Berlin-Frohnau), mit:

„Von welcher Seite die (oben erwähnten) Zeitungsartikel der Presse zugeleitet worden sind, ist hier nicht bekannt. Die Restverwaltung für Reichsaufgaben ist daran unbeteiligt gewesen. Ihre einzelnen Fragen werden wie folgt beantwortet:

Zu 1.: Der Satz „Die Gelder werden auch ohne Antragstellung in der Reihenfolge der von England zur Verfügung gestellten Listen überwiesen", ist unzutreffend und irreführend Gemeint ist anscheinend, daß die Auszahlung der Guthaben ohne Erinnerungsschreiben nach der Reihenfolge des Eingangs der gestellten Anträge erfolgt Zu 2.: Eine bevorzugte Auszahlung in dringlichen Fällen hat sich z. B dann als notwendig erwiesen, wenn die Antragsteller keinen festen Wohnsitz (Asylisten usw.) haben. — Der Restverwaltung für Reichsaufgaben ist im Interesse der Heimkehrer daran gelegen, die Zahl der unabringlichen Guthaben aufs äußerste zu beschränken. Da bedauerlicherweise bei den meisten Heimkehrern infolge der derzeitigen allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse eine Notlage als vorhanden anerkannt werden muß, kann von dem Grundsatze der Bearbeitung nach der Reihenfolge des Eingangs der Anträge nicht abgewichen werden. — Zu 3.: In der Angelegenheit der französischen Guthaben hat sich seit ihrer Bremer Bundestagung nichts geändert."

Im Protokoll der Bremer Tagung heißt es u. w. (1. August 1927): „Wir haben in der nächsten Zeit die Francsbeträge zu erwarten. Aber: die französische Regierung wird deutsche Gefangene nicht besser behandeln, als ihre eigenen Leute. Franc ist bei ihr Franc. Und so bekommen sie ihr Guthaben zu dem Kurse des Tages, an dem es eingeht: Es ist hart, was ich Ihnen sagen muß. Was Sie zu bekommen haben, ist minimal Die Beträge sind teilweise so gering, daß mancher Antragsteller 8 Pfennig für seine Postkarte an uns (Restverwaltung für Reichsaufgaben) ausgibt und 3 Pfennig von uns dafür als Guthaben erhält."

Die amtlichen Zahlen über die in Frankreich und Belgien gefangen gewesenen Deutschen lauten: Gesamtzahl 424 157. Lebend in das jetzige Reichsgebiet zurückgekehrt: 330 367. Lebend vom Feindstaat unmittelbar in die abgetretenen Gebiete entlassen: 25 310. — In der Kriegsgefangenschaft gestorben: Anzahl: 25 229, das sind vom Hundert der Gesamtzahl 5,95. — Unaufgeklärte Restfälle Anzahl: 43 251, das sind vom Hundert der Gesamtzahl: 10,19.

Kirchliches.

Festfeier im Benediktinerstift St. Peter in Salzburg.

Salzburg, 14. November,

Das Benediktinerstift St. Peter in Salzburg, eine der ältesten und ehrwürdigsten Kulturstätten in deutschen Landen, einst vom heiligen Ruvertus gegründet, der von hier aus Noricum das Christentum brachte, wurde vor kurzem vom Heiligen Vater Papst Pius XI zur Erzabtei erhoben. Aus diesem Anlasse fand in St. Peter zu Salzburg am Sonntag in Anwesenheit vieler Bischöfe und Äbte, sowie anderer Ehrengäste ein feierlicher Festakt statt Am Festtage selbst, war feierlicher Einzug in die herrliche Stiftskirche Anschließend folgt die Verlesung des päpstlichen Breves in lateinischer und deutscher Sprache. Der aus Anlaß der Er-

hebung zur Erzabtei erlassene Breve des Hl. Vaters hat folgenden Wortlaut:

Zum ewigen Gedächtnis der Angelegenheit: Im Gebiete der Erzdiözese Salzburg besteht die sehr berühmte Abtei St. Peter, die nach den Angaben der Geschichtsschreiber schon vor der Mitte des 7. Jahrhunderts erfolgten Gründung an — es war damals als der hl. Rupert mit bischöflicher Macht die Kirche von Worms regierte — Benediktinermönche bewohnten. Eine Zeit lang waren ehedem die Äbte von St. Peter zugleich Bischöfe und nach Leo III. Erzbischöfe von Salzburg. Später jedoch übten sie infolge der veränderten Zeitverhältnisse als Leiter ihres eigenen Klosters das äbtliche Amt, losgelöst von dem bischöflichen, aus. So bleiben die beiden Aemter bis auf unsere Zeit getrennt. In der Abtei selber erhielt sich die Erinnerung an die frühere Würde, und die Aebte verwalteten sie beständig so ausgezeichnet, daß Leben und Verdienste des Klosters diesem so großen Namen entsprachen. Eben dahin gehört auch, daß unser ehrwürdiger Bruder, der Erzbischof von Salzburg, dem heutigen Abt des genannten Klosters St. Peter das Zeugnis ausstellt, daß er mit zäher Tatkraft den monastischen Geist in seinem Kloster wieder erneuert, die philosophischen und theologischen Studien fördert und ein zu Studienzwecken geeignetes Kolleg errichtete. Darum schien es uns sehr angemessen, dem Wunsche des genannten Erzbischofs stattzugeben, der uns inständig bat, daß wir der Abtei St. Peter einen Beweis unseres päpstlichen Wohlwollens geben möchten. Na Anhören unseres geliebten Sohnes, Kardinals der heiligen Römischen Kirche und Präfekten der Religions-Kongregation, erheben und errichten wir kraft unserer apostolischen Autorität durch den Wortlaut des gegenwärtigen Schreibens das Benediktinerkloster zu St. Peter in der Diözese Salzburg für immer zur Erzabtei, aber so, daß jede Jurisdiktion des Erzabtes dieses Klosters über die übrigen Aebte der Kongregation ausgeschlossen ist. Wir bestimmen dieses, indem wir beschließen, daß dieses Schreiben immer festen und dauernden Bestand, Gültigkeit und Wirksamkeit haben und alle Wirkungen voll und ganz nachziehen und erlangen, und der Abtei St. Peter in Salzburg, die von uns hiermit zur Erzabtei erhoben ist, jetzt und in Zukunft in weitestem Maße zugute kommen soll. So soll der rechtliche Stand und Umfang sein und alles von nun an ungültig und nichtig werden, wenn es vorkäme, daß von jemand, vor irgend einer Autorität, sei es wissentlich, sei es unwissentlich, etwas anderes als dieses angestrebt würde.

Gegeben zu Rom bei St. Peter unter dem Fischerring, am 3. Oktober 1927, im 6. Jahre unseres Pontifikats.

Kardinal Gasparri, Staatssekretär.

Aus dem Vatikan und der Kurie.

Von Professor Andrea Rascischnig, Rom.

Nach den großen kirchlichen Feierlichkeiten der Monatsmende ist im vatikanischen Leben nach außen hin insofern Ruhe eingetreten, als die normal beginnende Regenzeit den gewagten starken Pilgerstrom fast ganz unterbunden, so daß keine großeren Empfange durch den Hl. Vater stattfanden. Der innere Staatsbetrieb ist dadurch natürlich nicht beraubt und pulsiert ohne Unterlaß, wie es bei einem so gigantischen Körper nicht anders denkbar ist.

Unter den Privataudienzen sind außer den laufenden der römischen Kirchenfursten und Prälaten, welche in einem bestimmten Turnus beim Hl. Vater zur Berichterstattung zu erscheinen haben, besonders die des Deutschen Gesandten zu erwähnen, der mit seiner Gemahlin empfangen wurde. Obwohl die Audienz keinen offiziellen Charakter trug, wurden natürlich bei dem großen Interesse und der väterlichen Liebe, die Pius XI. stets dem deutschen Volke erwiesen hatte, auch alle laufenden, Deutschland betreffenden Fragen, berührt. Unter den Bischöfen, die in der abgelaufenen Woche nach Rom gekommen, erschienen beim Hl. Vater die hochwürdigsten Herren Donald Mackintosh, Erzbischof von Glasgow, Msnr. Donald Martin, Bischof von Argyll, Msnr. Barett, Bischof von Birmingham, Msnr. Wilgem Cotter, Bischof von Portsmouth, Msnr. Luigi Laurin, Bischof von Lyon, Msnr. Sigmund Waitz, Apost. Adm. von Innsbruck, sowie die Orden-generale Pater Jansens der Cisterienser, und Fr. Camillo Altegoer der Franziskaner-Brüder. Gestarkt durch den Segen des gemeinsamen Vaters, kehren sie in ihren Wirkungskreis zurück, um mit neuem Eifer ihrem erhabenen verantwortungsvollen Amte vorzustehen.

Aufs schmerzlichste hat alle die vor einem Jahre der seltenen Feier der Konsekration der sechs eingeborenen chinesischen Bischöfe in Sankt Peter beiwohnen konnten, die Trauerkunde berührt, daß der erste dieser, Msnr. Tschao, der Tit.-Bischof von Vaga, und apostolischer Vikar von Suanhwafu, am 14. Oktober an einem epileptischen Anfall gestorben ist. Msnr. Tschao war noch sehr jung. Er wurde 1880 in Peking geboren. Seine Familie zählt zu den ältesten christlichen Familien Chinas. Mit 13 Jahren trat er in das damals kleine Pekinger Seminar ein und wurde 1904 zum Priester geweiht. Später daselbst zum Professor ernannt, gründete er die erste höhere Schule in der Hauptstadt des Reiches der Mitte, welche sich von Jahr zu Jahr vergrößerte und heute von über 200 Schülern besucht wird. Daraus sind bereit 5 Priester hervorgegangen, einer hat die politische Laufbahn eingeschlagen und ist Mitglied des Generalstabes von Tsche-Li und Chan-Pong, die übrigen Absolventen widmeten sich dem Kaufmannsstande. Später war Msnr. Tschao Vikar von Suan-Hao-Fou, und bis zur Erhebung auf den Bischofsstuhl Privatsekretär von Msnr. Costantini. Am 28. Oktober empfing er am Grabe des Apostelfursten durch Pius XI. die Bischofsweihe. Wenige Monate nur waren dem eifrigen Seelenhirten vergönnt, seine geliebten Brüder zum Himmel zu leiten, wohin nun seine Seele geflogen, nachdem sie aus den Händen des bekannten China-Apostels, des Lazaristenpaters Labbe, die letzten Sakramente empfangen hatte.

Von Mentone langt die Todesnachricht des Tit.-Erzbischofs von Corinth ein. Msnr. Petit, früher Erzbischof von Athen, war besonders als Schriftsteller und Gelehrter bekannt. Sein Spezialgebiet war die Geschichte der Konzilien, überdies besorgte er auch die Herausgabe vieler Publikationen, die sich mit der orientalischen Kirche befassen. Das letzte Werk, bei dem ihn nun der Herr die Feder aus der Hand genommen, behandelt die Geschichte des Konzils von Florenz, mit besonderer Berücksichtigung von Markus dem Epheser, dem unversöhnlichen Gegner der Lateinischen Kirche auf dem genannten Konzil.

Am 9. November wurde die sogenannte besondere Versammlung der Heiligen Riten-Kongregation im Vatikanischen Palaste abgehalten.

Durch die Versetzung des Msnr. Aloisi Masella an die brasilianische Nunziatur, blieb die von Chile verweist. Vor einem Monat wurde als Geschäftsträger Msnr. Ettore Felici, gewesener Uditor der portugiesischen Nunziatur, dahin gesandt. Nun bestätigt sich, daß Msnr. Felici zum Apostolischen Nuntius von Santiago in Chile ernannt und zur erzbischöflichen Würde erhoben wird.

Der Heil. Vater hat Msnr. Alessandro Paglialunga und den Abt Niola Lardi der regulären Lateranensischen Chorherren, zu Konsultoren der Heiligen Kongregation für die orientalischen Kirchen ernannt.

Der neugeweihte japanische Bischof Hayasaka, hat am Feste des hl. Karl Borromäus, in dessen prächtiger Kirche am Corso, sein erstes Pontifikalamt an jenem Altare gehalten, an dem der Hl. Vater vor nun 49 Jahren sein erstes heiliges Meßopfer gefeiert hatte. Es waren mehrere Kardinäle anwesend. Die Alumnen des päpstlichen Kollegs der Propaganda Fide assistierten.

Briefkasten.

R. W. 4. Die Handelskammer Münster in Verbindung mit dem Städtischen Schulamt Münster nimmt schon seit Jahren Fertigkeitsprüfungen für Geschäfts- und Verwaltungsstenographen ab. Die Prüfungen sind für alle Kurzschriftsysteme und werden gewöhnlich im Frühjahr und Herbst abgenommen. Da Recklinghausen zum Handelskammerbezirk Münster gehört, käme für Sie Münster in Frage. Nach bestandener Prüfung erhalten Sie ein amtliches Zeugnis. Die Gebühren betragen 5 Mk. Als Mindestleistung werden 150 Silben in der Minute verlangt. Geschrieben werden zweimal fünf Minuten. Das erste Diktat, das wiedergelesen werden muß, entscheidet für das zweite Diktat, das in gewöhnlicher Schrift übertragen werden muß.

101. A. S. Wenden Sie sich an die Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung, Frankfurt a. M., Steinweg 9, von der Sie gee gnete Mittel zur Vertilgung der Insekten in Polstermöbeln beziehen können.

Ww. P. 20. Das Zentralinstitut für Unterricht und Erziehung, Berlin, Potsdamerstraße 20, wird Ihnen gern katholische Vollanstalten, die mit Internat verbunden sind, nennen. Kosten erwachsen Ihnen aus der Anfrage nicht.

Ille. Es gibt deren eine ganze Menge, mit guten und schlechten Risiken. An dieser Stelle ist eine namentliche Aufführung leider nicht angebracht. Wenden Sie sich an den einen oder anderen Standesverein, zu dem Sie jedenfalls auch Beziehungen haben.

Deutschlands Tabakindustrie die größte der Welt!

Der Lohnkampf in der Zigarrenindustrie. — Was verdient ein Arbeiter? — Maschinen, die täglich 300 000 Zigaretten herstellen. — Zuviel Kleinbetriebe. — Die Durchschnittszigarre für 13,2 Pfennige. — 2,5 Milliarden Mark jährlich für Tabakerzeugnisse.

Schwere Kämpfe erschüttern die deutsche Wirtschaft; kurze Zeit nach dem Streik der mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter sind soeben 120 000 Zigarrenarbeiter **ausgesperrt worden, weil** eine Einigung über die von ihnen geforderte **Lohnerhöhung von 15 Prozent nicht erzielt werden** konnte. In Mitteldeutschland, Westfalen, Hamburg und **Bremen sind die Betriebe stillgelegt worden, und auch die Heimarbeiter haben keine neuen Aufträge erhalten.** Die Zigarrenindustrie arbeitet nämlich, ebenso wie die Spielwarenindustrie, noch mit einer großen Zahl von Heimarbeitern, deren wirtschaftliche Lage ebenso elend wie die der Spielwarenarbeiter ist. Oft hat man die bedenklichen Zustände in der Thüringer Heimindustrie und in der des Erzgebirges beschrieben; **aber auch dem Zigarrenheimarbeiter geht es nicht besser. Eine fünfköpfige Familie, in der die Frau und drei Kinder den Vater bei seiner Arbeit unterstützen, kann es selbst bei zwölfstündiger oder vierzehnstündiger Arbeitszeit und unter Zuhilfenahme des Sonntags kaum auf einen Wochenlohn bringen, der 50 Mark übersteigt.** Etwas besser geht es dem Berliner Zigarrenarbeiter, der in der Fabrik tätig ist; verdient er doch als Zigarrenroller wöchentlich 25 Mark und Wickelmacher 19 Mark. Wenn dieser Lohn auch den Verdienst **des Heimarbeiters um einige Mark übertrifft, so stehen ihm die niedrigeren Löhne im Reich gegenüber,** da dort dem Roller durchschnittlich nur 18—20 Mark und dem Wickelmacher 15—17 Mark wöchentlich gezahlt werden. Sortierer sind dagegen etwas besser gestellt. Welch gewaltiger Unterschied zu den Arbeitsverhältnissen in der Zigarettenindustrie! Dort verdient, um eine Arbeiterklasse herauszugreifen, der Tabakschneider 45—52 Mark wöchentlich, und man kann sagen, daß der Wochenlohn durchschnittlich doppelt so hoch wie in der Zigarrenindustrie ist.

Ein wichtiger Grund für die schlechten Löhne in der Zigarrenindustrie ist in der Zersplitterung der Betriebe zu erblicken. Zählt man doch nach der amtlichen Statistik rund 7600 Betriebe, in denen Zigarren hergestellt werden, von denen aber nur sechs ausschließlich mit Maschinen arbeiten, 172 teils Maschinen, teils Handarbeit verwenden, und der unge**heure Rest seine Erzeugnisse nur mit der** Hand herstellen läßt. Dreißig Großbetrieben, die zusammen 8732 Tonnen Tabak verarbeiteten, standen fast 5000 Betriebe gegenüber, deren Produktion nur knapp den zehnten Teil, nämlich etwa 860 Tonnen, betrug, und weitere 1500 Betriebe verarbeiteten zusammen nur rund 2000 Tonnen. Dazwischen natürlich liegt eine Menge mittlerer Betriebe, die aber alle nicht so rationell wie die großen Unternehmen arbeiten können, also größere Unkosten haben und infolgedessen nur niedrigere Löhne zahlen können. Insgesamt werden von der deutschen Zigarrenindustrie in allen ihren Betrieben etwa 6 Milliarden Zigarren hergestellt, von denen mehr als die Hälfte auf die niedrigeren Preisklassen entfallen, nämlich zwischen 10 und 15 Pfg. kosten. Aus dem Verkauf der Steuerbänder kann man entnehmen, daß etwas mehr als ein Viertel der Zigarren 10 Pfg., rund 6 Prozent zwischen 11 und 14 Pfg., ein knappes Viertel 15 Pfg. und nur ein Fünftel der gesamten Erzeugung noch mehr kosten. Für fast ein Viertel der Zigarren wird aber erheblich weniger als 10 Pfg. gezahlt. Der durchschnittliche Verkaufspreis für Zigaren beträgt 13,2 Pfg. Wenn man bedenkt, daß der Durchschnittspreis für Zigaretten 4,5 Pfg. ist, in den Zigaretten im allgemeinen aber eine unverhältnismäßig kleinere Menge Tabak zur Verarbeitung gelangt, und wenn man ferner berücksichtigt, daß die Zigarettenindustrie in weit größerem Umfang Maschinen benutzt, also billiger produzieren kann, wird man leicht in diesem Unterschied eine der Ursachen der augenblicklichen Krise finden. Ein weiterer Grund liegt in der Tabaksteuer, die dem Staat für Zigaretten und Zigarren zusammen 535 Millionen Mark einbringt.

Die Konkurrenz der Zigarette nimmt der Zigarrenindustrie zwar jede Ausdehnungsmöglichkeit, hat aber bisher noch zu keiner Einschränkung der Erzeugung geführt. Unaufhaltsam steigen die Zahlen des Zigarettenverbrauchs, während der Zigarrenkonsum nur unwesentlich schwankt. Noch im Jahre 1923 wurden nur 24 Milliarden Zigaretten in Deutschland geraucht gegen rund 30 Milliarden im vergangenen Jahr. Drei Viertel Milliarden Mark gibt das deutsche Volk jährlich für Zigarren aus; aber fast die doppelte Summe, nämlich 1350 Millionen Mark, werden in jedem Jahr von den Zigarettenrauchern für die Befriedigung ihrer Leidenschaft bezahlt, sodaß insgesamt ungefähr 2,1 Milliarden Mark jährlich in „blauen Dunst" verwandelt werden. Das ist freilich noch nicht alles, was in Deutschland für Tabak ausgegeben wird. 7¼ Millionen Kilogramm feingeschnittenen Rauchtabaks kosten rund 75 Millionen Mark; für 23¼ Millionen Kilogramm Pfeifentabak werden ungefähr 135 Millionen Mark bezahlt und 2¼ Millionen Kilogramm Schnupftabak sind fast 15 Millionen Mark wert. Dazu kommen noch 257 Millionen Stück Kautabak — niemand ahnt wohl, wie viel in Deutschland noch „gekaut" wird —, die annähernd 35 Millionen Mark kosten. Für feingeschnittenen Rauchtabak, Pfeifentabak, Schnupftabak und Kautabak werden jährlich also zusammen nochmals 260 Millionen Mark ausgegeben, so daß die Gesamtbelastung des deutschen Volkes für Tabakerzeugnisse auf rund 2½ Milliarden Mark zu veranschlagen ist. Dabei hat man geschätzt, daß der gesamte Rohtabak, der in Deutschland zur Verarbeitung kommt, ohne Zoll und ohne Steuern nur etwa eine Drittel Milliarde kostet.

Wenn der Verkaufspreis der fertigen Waren rund das Siebenfache beträgt, so kommt eben zu dem reinen Tabakspreise noch der Zoll, die hohe Steuer, der Arbeitslohn und der Verdienst der Groß- und Kleinhändler. Mehr als eine halbe Million Kleinhändler leben vom Zigarren- und Zigarettenverkauf.

Nicht der gesamte Tabak, der in Deutschland verarbeitet wird, muß aus dem Ausland eingeführt werden. Um die 15 000 Betriebe der deutschen Tabakindustrie mit Rohstoff zu versorgen, kaufen die Zigarren- und Zigarettenfabriken nicht nur aus Griechenland und Niederländisch-Indien, Bulgarien, der Türkei, den Vereinigten Staaten und Brasilien die zu großen Ballen zusammengebundenen Tabakblätter, auch in Deutschland wird diese exotische Pflanze in nennenswerter Menge angebaut. Im Jahre 1913 gab es in Deutschland 87 000 Tabakpflanzer, die 260 000 Doppelzentner Tabak ernteten. Damals wurden über 14 000 Hektar mit Tabak bepflanzt; inzwischen war die Anbaufläche ständig, bis auf 6600 Hektar im Jahre 1926 zurückgegangen. Da aber die Tabakpreise seitdem außerordentlich in die Höhe gegangen sind, entschlossen sich die Landwirte, den Anbau dieser Pflanze wieder auszudehnen, und in diesem Jahre sind 9100 Hektar mit Tabak bestellt worden. Der deutsche Tabakanbau führt zu einer begrüßenswerten Entlastung unserer Handelsbilanz, stellt aber in der Welterzeugung keinen ernstlichen Faktor dar. Von den 3½ Milliarden Pfund Tabak, die jährlich in der ganzen Welt geerntet werden, pflanzt man in den Vereinigten Staaten allein etwa 40 Prozent an. Doch steht die Union in der Tabakverarbeitung erst an zweiter Stelle, da Deutschland die größte Tabakindustrie besitzt. Es gibt in Nordamerika 3500 Fabriken, in denen 150 000 Arbeiter beschäftigt sind, während in der deutschen Tabakindustrie etwa 214 000 Arbeiter und Arbeiterinnen ihr Brot verdienen. In Deutschland und in den Vereinigten Staaten zusammen arbeiten wohl die Hälfte aller Tabakarbeiter der Welt, deren Zahl man auf höchstens ¾ Millionen schätzen kann. Daß man aber bei stärkerer Verwendung von Maschinen und rationellen Arbeitsmethoden mit weniger Arbeitern mehr produzieren kann, geht ebenfalls aus der amerikanischen Statistik hervor. Werden doch in den Vereinigten Staaten 7 Milliarden Zigarren und 71 Milliarden Zigaretten hergestellt, also 1 Milliarde Zigarren und 41 Milliarden Zigaretten mehr als in Deutschland. Dabei verwendet man bei uns ebenfalls hochwertige Maschinen in der Zigarettenindustrie. Es gibt Maschinen, die am Tag 150 000 Zigaretten „werfen", wie der fachmännische Ausdruck lautet. Man kennt aber auch schon Maschinen, die die doppelte Leistungsfähigkeit besitzen, und eine einzige solche Maschine kann also im Monat über 7 Millionen Stück erzeugen. Würde man die technischen Anlagen der Tabakindustrie so weit wie irgend möglich verbessern, so könnten zweifellos den Arbeitern höhere Löhne bewilligt werden. Aber man darf auch nicht vergessen, daß gleichzeitig eine außerordentlich große Zahl von Arbeitskräften überflüssig werden würde, also nicht allen, die jetzt um ein besseres Einkommen kämpfen, mit einer solchen Amerikanisierung geholfen werden könnte. +

Der Lohnkonflikt in der deutschen Zigarrenindustrie.

Über 100 000 Arbeiter ausgesperrt. — 1300 Firmen stillgelegt.

tu **Berlin**, 15. Nov. Auf Beschluß des Reichsverbandes der deutschen Zigarrenhersteller ist die Aussperrung in den Zigarrenfabriken in allen Teilen des Reiches weiter durchgeführt worden, nachdem die Einigungsverhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium gescheitert sind, so daß nach Mitteilung des Verbandes bisher rund 110 000 Arbeiter ausgesperrt und rund 1350 Firmen stillgelegt worden sind. — Dem Reichsverband gehören etwa 1400 Zigarrenfabriken an, so daß die Aussperrung fast völlig durchgeführt ist. Irgendwelche Möglichkeiten, den Lohnkampf in der deutschen Zigarrenindustrie, für die bis zum 31. März 1928 ein Lohntarif besteht, beizulegen, bestehen bisher nicht. Die Arbeitgeber erklären, daß die Einigung von der Anerkennung des geltenden Lohntarifs durch die Tabakarbeiter abhängt, während die Arbeitnehmer an ihrer Forderung auf allgemeine Lohnerhöhung festhalten. Durch die Stillegung der meisten, besonders der großen Zigarrenfabriken, wird sich im Kleinhandel ein Mangel nicht bemerkbar machen, weil die Geschäfte noch auf Monate hinaus mit Ware versehen sind. In Berlin macht sich die Aussperrung in der Zigarrenindustrie nicht so bemerkbar, weil die großen in Betracht kommenden Firmen ihre Fabriken außerhalb der Reichshauptstadt haben.

17 000 Zigarrenarbeiter in Oberbaden ausgesperrt.

tu **Mannheim**, 16. Nov. **(Tel.)** Der Reichsverband deutscher Zigarrenhersteller, Bezirk Oberbaden, hat auf einer in Lahr stattgefundenen Versammlung die Aussperrung sämtlicher Zigarrenarbeiter und -Arbeiterinnen zum Samstag beschlossen. Von der Maßnahme werden insgesamt 17 000 Arbeiter betroffen, davon 88 Prozent Frauen. Der Bezirk Oberbaden hatte sich bisher an der Generalaussperrung noch nicht beteiligt.

Neubildung des Zementpreises.

Es ist bekannt, daß die Zementverbraucher sich seit Jahren wegen der Preisgestaltung und Zahlungs- und Lieferungs-Bedingungen in dauernder Fehde mit den Zementsyndikaten befinden und seit über Jahresfrist bewegte sich der Streit um die Abschaffung des sogenannten Staatspreises. Den behördlichen Abnehmern der Zementindustrie ist nämlich im Rahmen der Zwangswirtschaft eine besondere Konzession gemacht worden und zwar in Gestalt von Preisnachlässen unter verschiedenster Kennzeichnung, wie Abwehrpreise, Zoneneinteilung, Rabatte usw. Die Zementindustrie hat hinsichtlich der Abschaffung dieser Staatspreise auf entsprechende Vorstellungen hin stets erklärt, daß dies einseitig nicht möglich sei, sondern hierzu die Genehmigung des Reichswirtschafts-Ministeriums notwendig sei. Es hat sich jedoch gezeigt, daß das Reichswirtschafts-Ministerium durchaus geneigt war, die behördlichen Abnehmer der Zementindustrie auf die gleiche Stufe zu stellen mit denjenigen der Privatwirtschaft. Da die Verhandlungen mit der Zementproduktion zu keinem Ergebnis führten, haben die Zementverbraucher durch ihre Organisation, dem Zementverbraucher-Verband, die Vermittlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie angerufen. Demgemäß ist bei der Kartellstelle des Reichsverbandes der deutschen Industrie nunmehr verhandelt worden. Die Auseinandersetzungen haben zu einer Vereinbarung zwischen den beteiligten Parteien geführt, auf Grund deren sich die Zementindustrie bereit erklärt, vom 1. Januar 1928 ab allen Abnehmern, seien es Private oder Behörden, nur einen Preis zu machen, und zwar den Stationsfrankopreis. Da in den einzelnen Syndikatsgebieten verschiedene Berechnungs-Grundsätze für den Stationsfrankopreis durch Zoneneinteilung sowie auch durch Einräumung gewisser Rabatte für Abnehmer gelten, besteht auch in Zukunft ein Unterschied im Zementpreis schlechthin.

Nach den neuesten Erklärungen der Zementindustrie zeigt sich das Bild in bezug auf die Rabattgewährung in den einzelnen Distrikten wie folgt:

Westdeutscher Zementverband: Im Bereiche des Westdeutschen Zementverbandes bestehen 18 Zonen, in denen der Zementpreis für den Zehntonnen-Waggon zwischen 440 und 530 RM. schwankt. Die Rabattgewährung ist in nachstehender Weise festgesetzt: a) für sogenannte Großverbraucher 10 RM. pro Zehn-Tonnen-Waggon, wobei als Großverbraucher derjenige betrachtet wird, der mindestens 200 Waggons jährlich abnimmt, b) für Händler 29,50 RM. pro 10 Tonnen.

Norddeutscher Zementverband: Der Stationsfrankopreis beträgt im Gebiet des Norddeutschen Zementverbandes 490—540 RM. Die Rabatte gliedern sich in nachstehender Weise: a) bei 50 Waggons Abnahme Listen-Frankopreis, b) bei 50—100 Waggons 6 RM., c) über 100 Waggons 12 RM.

Süddeutscher Zementverband: Beim Süddeutschen Zementverband werden an Rabatten gewährt: a) den Verbrauchern von zirka 150 Waggons 10 RM. pro Zehn-Tonnen-Wagen, b) den größeren Verbrauchern 20 RM. pro Zehn-Tonnen-Wagen; c) dem Handel 30 RM. pro Zehn-Tonnen-Wagen auf den Stationsfrankopreis, der daselbst zurzeit einschließlich mittlerer Fracht 553 RM. beträgt.

Hüttenzement-Verband: Im Gebiete des Hüttenzement-Verbandes bilden die Preise der Portland-Zementfabriken das Vorbild und zwar werden im Abstand von deren Preisen diejenigen der Hüttenzement-Werke festgesetzt. Die Rabattgewährung ist in gleicher Weise wie beim Westdeutschen Zementverband geregelt als Großverbraucher gilt dabei derjenige, der in eine sogenannte Großverbraucherliste aufgenommen ist, welche früher Verbraucher mit einem Mindestbedarf von 100 Waggons, jetzt solche mit einem Bedarf von mindestens 200 Waggons enthält.

Die „Einstweilige Verfügung" bei Schulden-Zahlungen.

Ein grundsätzliches neues Urteil.

Das preußische Kammergericht hat mit Urteil vom 29. August 1927, 21 W 6 994/27 — (Einzelheiten siehe Juristische Wochenschrift Nr. 43 Seite 2473) — entschieden, daß durch eine „Einstweilige Verfügung" die Zahlung einer geschuldeten Summe nicht angeordnet werden könne, es sei denn, daß es sich um fortlaufende Zahlungen handelt. Bei Unterhaltsansprüchen und anderen fortlaufenden Zahlungen kann also die Anordnung der Zahlung der geschuldeten Summe oder von Abschlagszahlungen auf eine derartige Schuld gemäß vorliegendem Urteil im Wege einer einstweiligen Verfügung erfolgen, nicht aber bei Kapitalzahlungen. Dieses Urteil, das für die Laienwelt hochbedeutsam ist, bedarf zwecks allgemeinen Verständnisses der Erläuterung im Hinblick auf den Begriff der „einstweiligen Verfügung". Sowohl der Arrest wie auch die einstweilige Verfügung sind vollstreckbare Schuldtitel, die auf die §§ 916, 935 und 940 der Zivilprozeßordnung beruhen und grundsätzlich zunächst nur eine Sicherung gefährdeter Ansprüche des Gläubigers oder eine einstweilige Regelung eines rechtlichen Zustandes, nicht aber eine Befriedigung der Ansprüche bezwecken bezw. bezwecken sollen. Es soll durch Festhaltung der Vermögensstücke, nötigenfalls sogar der Person des Schuldners verhindert werden, daß die künftige Zwangsvollstreckung gefährdet wird. Arrest sowohl wie auch einstweilige Verfügung tragen somit den Charakter vorübergehender Maßnahmen. Während der Arrest den Zweck verfolgt, die künftige Zwangsvollstreckung wegen einer Geldforderung oder eines Anspruches, der in eine Geldforderung übergehen kann, insolang zu sichern, bis der Gläubiger einen vollstreckbaren Schuldtitel (Urteil) gegen den Schuldner erlangt hat, richtet sich die einstweilige Verfügung der Zivilprozeßordnung nicht auf Geld, sondern auf eine sonstige Leistung des Schuldners. Voraussetzung des Arrestes ist ein Arrestarund oder eine Arrestgefahr, d. h. die Besorgnis, daß ohne dessen Verhängung die Urteilsvollstreckung vereitelt oder wesentlich erschwert werden würde, beispielsweise, wenn der Schuldner fluchtverdächtig ist, seine Waren in auffallend rascher Weise zu jedem Preise losschlägt und dergleichen. Auch die einstweilige Verfügung setzt einen „Arrestgrund" voraus und zwar, daß die Regelung zur Abwendung wesentlicher Nachteile oder zur Verhinderung drohender Gewalt oder aus anderen Gründen erforderlich ist. Sie regelt also u. a. vorläufig einen Beststand, um größere Nachteile oder Gewalt abzuwenden. — Das Kammergericht hat sich im vorliegenden Urteil eindeutig zu dem Grundsatz bekannt, daß die einstweilige Verfügung nicht der Befriedigung der Gläubigeransprüche dienen soll, was aus der Tatsache hervorgeht, daß es eine solche für die Anordnung der Zahlung einmaliger Kapitalbeträge völlig ausschaltet. Bei den heutigen Währungsverhältnissen, der bestehenden Stabilität der Reichsmark und der Sicherheit einer solchen kann das Argument der Inflationszeit-Periode nicht mehr herangeholt werden, daß „Sicherung" der Forderung bei der fortwährenden Entwertung des Nominalschuldbetrages nur in Form der Anspruch-Befriedigung zu suchen sei. Keinesfalls kann etwa der Umstand steigender Lebenshaltungskosten, Steigen des Großhandelspreisniveaus in diesem Sinne anerkannt werden. Schließlich ist stets zu beachten, daß sich die einstweilige Verfügung regelmäßig auf Nicht-Geldforderungen beschränken soll, für die Geldforderungs-Sicherung dagegen der Arrest bestimmt ist.

Baumwollnotierungen.

tu **Bremen**, 15. Nov. **(Tel.)** Terminschlußnotierungen. Dezember 21,40—21,45; Januar 21,41—21,47; März 21,46—21,49; Mai 21,59—21,60; Juli 21,49—21,50; Oktober 20,95—21,00; Tendenz: stetig.

tu **Liverpool**, 15. Nov. **(Tel.)** Eröffnung. Dezember —; Januar 10,68—10,70; März 10,68—10,69; Mai 10,67—10,68; Juli 10,59—10,60; Oktober —; Tendenz: ruhig.

tu **Liverpool**, 15. Nov. **(Tel.)** Schluß. Dezember 10,61; Januar 10,63; März 10,62· Mai 10,62; Juli 10,54; Oktober 10,20; Tenden: stetig. Umsätze 7000.

tu **Newyork**, 15. Nov. **(Tel.)** Eröffnung. Dezember 19,58—19,62; Januar 19,71—19,74; März 19,88—19,90· Mai 20,04—20,05; Juli 19,95—19,97; Oktober 19,34—19,35· Tendenz: stetig.

tu **Newyork**, 15. Nov. **(Tel.)** Zweites. Dezember 19,68; Januar 19,75· März 19,95; Mai 20,10; Juli 19,98; Oktober 19,35; Tendenz: stetig. Zufuhr nicht gemeldet.

tu **Newyork**, 15. Nov. **(Tel.)** Schluß. Dezember 19,81—19,82· Januar 19,85—19,88· März 20,05—20,07· Mai 20,21—20,25; Juli 20,10—20,15; Oktober 19,50—19,52· loko 20,20· Tendenz: stetig.

tu **New Orleans**, 15. Nov. **(Tel.)** Eröffnung. Dezember 19,88· Januar 20,01; März 20,06; Mai —; Juli —; Oktober —; Tendenz: stetig.

tu **New Orleans**, 15. Nov. **(Tel.)** Zweites. Dezember 19,93· Januar 20,00· März 20,06; Mai 20,13; Juli —; Oktober —; Tendenz: stetig.

tu **New Orleans**, 15. Nov **(Tel.)** Schluß. Dezember 19,98—20,00; Januar 20,06—20,08· März 20,16—20.17; Mai 20,25; Juli 20,00; Oktober 19,34; loko 20,00; Tendenz: stetig.

Baumwollnotierungen vom 16. November.

tu **Liverpool**, 16. Nov. **(Tel.)** Eröffnung. Dezember 10,68—10,70; Januar 10,68—10,69; März 10,67—10,68; Mai 10,59—10,60; Juli —; Oktober —; Tendenz: ruhig.

tu **Liverpool**, 16. Nov. **(Tel.)** Schluß. Dezember 10,64; Januar 10,65; März 10,64; Mai 10,64; Juli 10,56; Oktober 10,20; Tendenz: ruhig.

tu **Newyork**, 16. Nov. **(Tel.)** Eröffnung. Dezember 19,78—19,82; Januar 19,85—19,88; März 20,08—20,10; Mai 20,26—20,28; Juli 20,14; Oktober 19,56; Tendenz: stetig.

tu **Newyork**, 16. Nov. **(Tel.)** Zweites. Dezember 19,73; Januar 19,81· März 19,99· Mai 20,16; Juli 20,06; Oktober 19,40; Tendenz: stetig. Zufuhr 15 000 Ballen.

tu **Newyork**, 16. Nov. **(Tel.)** Schluß. Dezember 19,64—19,69; Januar 19,73—19,75; März 19,93—19,96; Mai 20,10—20,11; Juli 19,98· Oktober 19,38; loko 20,10; Tendenz: kaum stetig.

tu **New Orleans**, 16. Nov. **(Tel.)** Eröffnung. Dezember 20,00; Januar 20,14; März 20,21; Mai 20,28; Juli —; Oktober 19,40; Tendenz: stetig.

tu **New Orleans**, 16. Nov. **(Tel.)** Zweites. Dezember 19,95; Januar 20,03; März 20,11; Mai 20,20; Juli 20,05; Oktober 19,37; Tendenz: kaum stetig.

tu **New Orleans**, 16. Nov. **(Tel.)** Schluß. Dezember 19,85—19,86; Januar 19,92—19,93· März 20,01—20,04; Mai 20,13—20,14; Juli 19,96—20,00; Oktober 19,22—19,25; loko 19,85; Tendenz: kaum stetig.

Starke Nachfrage am Südafrika Wollmarkte.

An dem südafrikanischen Wollmarkte macht sich, nach einem Kabelbericht des „Konfektionär" aus Port Elizabeth, eine starke Nachfrage bei steigenden Preisen bemerkbar. In East London und Durban haben sich die Zufuhren gemehrt, dagegen hat sich die Auswahl von Winterwollen am Platze Port Elizabeth etwas verschlechtert. Die Nachfrage verteilt sich gleichmäßig auf alle Genres. Kapschneeweißwollen sind 10 Prozent teurer geworden. Nachstehend einige Standardpreise: 12 Monats Langkamm, Spinnergenre, feine Qualität 54 Pence, 12 Monats Langkamm, Spinnergenre mittlere Qualität 52 Pence, 12 Monat-Langkamm, Handelsware 51 Pence, 6/8 Monats fehlerfreie Waschwolle, feine Qualität 44½ Pence; 6/8 Monats sogenannte fehlerfreie Waschwolle, mittlere Qualität, 43½ Pence.

Die Australwollpreise bleiben fest.

Am 14. November gelangte, laut Londoner Drahtbericht des „Konfektionär", in Wellington ein Angebot von 9000 Ballen Wolle zur Versteigerung, die glatt abgesetzt wurden. Die Tendenz war bei allen Sorten steigend, insbesondere zogen die Preise für Bestware noch stärker an. Hauptkäufer am Markte waren Deutschland und Frankreich, während sich der englische Handel zurückhielt. Der Höchstpreis für Merinoschweißwollen war 27. für Comebac 26¾. — Am gleichen Tage eröffnete Sydney eine neue Versteigerungsserie mit 11 600 Ballen erstklassiger Wollen. Fast das gesamte Angebot wurde bei guter Konkurrenz abgesetzt. Merinoschweißwollen holten bis zu 29, Comebac 24½, Kreuzzuchten 22 Pence per engl. lb. — In Melbourne wurden gleichfalls am 14. November 5325 Ballen mittlerer Waren versteigert. An diesem Wollzentrum kauften die Deutschen relativ wenig.

Viehmärkte.

Emden, 15. Nov. Der Handel gestaltete sich mittelmäßig. Es waren durchweg Tiere guter Qualität zur Stelle. Hochtragende Kühe 1. Sorte 700—800 Mark, 2. Sorte 600—700 Mark, 3. Sorte 400—550; hochtragende Rinder 1. Sorte 600—700; 2. Sorte 500—600; 3. Sorte 400—500; frischmelke Kühe 550—675· gute Rinder 250—425; Zuchtstiere 550—650; Weidestiere 250—350; Läufer 15—30; Ferkel 4—8; Kalbbullen 250—400. Einzelne Tiere aller Gattungen über Notiz. Der nächste Zucht- und Nutzviehmarkt findet am Dienstag, den 22 November 1927 statt.

Lehrte i. Hann., 15. Nov. Auftrieb: 2555 Stück Fer